

1 **Kommunalwahlprogramm 2023, ENTWURF**

2 **Das gute Leben für alle in Kiel! ♥**

3 **DIE LINKE. Kiel**

4 **solidarisch.**

5 **vor Ort.**

6 **für alle.**

## 7 Inhaltsverzeichnis

8	Präambel: Wir brauchen soziale Antworten auf die Krisen!	S. 4
9	Wohnen	S. 7
10	Obdachlosigkeit	S. 8
11	Arbeit und Soziales	S. 9
12	Hartz IV	S. 11
13	Umwelt, Klima und Verkehr	S. 12
14	Energieversorgung	S. 15
15	Gesundheit und Pflege	S. 15
16	Bildung	S. 17
17	Schule	S. 17
18	Hochschule	S. 18
19	Kultur	S. 19
20	Kinder und Jugend	S. 21
21	Leben im Alter	S. 22
22	Leben mit Behinderungen	S. 23
23	Migration und Antirassismus	S. 25
24	Geschlechtergerechtigkeit	S. 27
25	Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt	S. 28
26	Öffentlicher Raum	S. 28
27	Bürger*innenbeteiligung	S. 30
28	Sport	S. 31
29	Finanzen	S. 33
30	Öffentliche Verwaltung	S. 34
31	Wirtschaft	S. 36

32	Tourismus	S. 37
33	Frieden	S. 38
34	Digitalisierung und Medien	S. 39
35	Tierschutz	S. 40
36	Schlusswort: Das gute Leben für alle in Kiel!	S. 42

## 37 **Präambel: Wir brauchen soziale Antworten auf die Krisen!**

38 Wir leben in einer Zeit der Krisen. Die Corona-Pandemie hat vielen Menschen  
39 Einkommensverluste gebracht, der verbrecherische Angriffskrieg Russlands hat zu einer  
40 hohen Inflation besonders bei Produkten des täglichen Bedarfs und der Energie geführt,  
41 die Krise auf dem Wohnungsmarkt bringt immer höhere Mietsteigerungen mit sich und die  
42 Klimakrise ist in Form von Tornados oder immer heißeren Sommern auch hier in Kiel  
43 immer sichtbarer. Im kapitalistischen System bedeutet das: Menschen mit mittlerem oder  
44 geringem Einkommen müssen mittlerweile um ihre soziale Existenz fürchten.  
45 Wir von der LINKEN in Kiel haben verstanden, dass es so nicht weitergehen kann. Wir  
46 wollen uns in der Ratsversammlung und mit Euch zusammen dafür einsetzen, dass diese  
47 Krisen sozial gelöst werden! Wir präsentieren in diesem Programm unsere Vorschläge  
48 dafür.

49 Die Kommunalpolitik bietet viele Möglichkeiten, das Leben der Menschen hier direkt vor  
50 Ort zu verbessern. Leider fehlt der Stadt und den anderen Parteien oft der Wille oder  
51 zumindest der Mut, bestehende Probleme zu beheben und neue, zukunftsfähige Konzepte  
52 auszuprobieren. Stattdessen wird in erster Linie den Wirtschaftsinteressen von  
53 Immobilienfirmen und Investor\*innen, von angesiedelten Konzernen und Werbeträgern für  
54 Großveranstaltungen gedient.

55 Die Finanzierung unnötiger Prestigeprojekte anstelle von bezahlbarem Wohnraum, die  
56 Schließung und Verkleinerung von Schwimmbädern zugunsten eines überbezahlten  
57 Zentralbads, Entscheidungen für Straßenbauprojekte, Hotels und Kongresszentren, gegen  
58 Kleingartenbesitzer\*innen und die grüne Lunge der Stadt – all das sind deutliche Zeichen  
59 dafür, dass die Politik in Kiel sich wenig um die Interessen und das Wohl der Mehrheit der  
60 Menschen, die hier leben, kümmert, sondern in erster Linie um Konzerninteressen und die  
61 Anliegen einer reichen Oberschicht in der Stadt.

62 Wir wollen eine sozial ausgerichtete Stadt und Verwaltung, die dem Menschen und nicht  
63 dem Kapital dient. DIE LINKE. Kiel thematisiert unaufhörlich die drängenden Probleme  
64 unserer Stadt. Wir setzen uns ein gegen Wohnungsnot, gegen explodierende  
65 Energiepreise, gegen Diskriminierung, für angemessene Löhne, für Klimaschutz, für eine  
66 gute Gesundheitsversorgung, für Bildungsgerechtigkeit, für eine Verkehrswende.

67 Dass die Kosten der Krisen von unten nach oben umverteilt werden, nimmt DIE LINKE  
68 nicht hin. Für uns ist klar: Die Folgen der Krisen lassen sich nur gemeinschaftlich und  
69 solidarisch bewältigen, die Kosten der Krisen müssen gerecht verteilt werden – und auch  
70 auf der kommunalen Ebene müssen wir die entsprechenden Hebel dafür betätigen!

71 DIE LINKE strebt eine konsequente solidarische Gestaltung der Gesellschaft an. Wir  
72 kämpfen für eine demokratische und offene Gesellschaft, die jeder Person Teilhabe in  
73 allen Bereichen ermöglicht.

74 Seit dem erstmaligen Einzug in die Kieler Ratsversammlung, bei der Kommunalwahl 2008,  
75 konnte die Linksfraktion stetigen politischen Druck aufbauen und wirkungsvolle  
76 Oppositionspolitik betreiben.  
77 Wir haben viele wichtige Diskussionen angestoßen, unermüdlich und schließlich  
78 erfolgreich auf die Wiedergründung einer Kieler Wohnungsgesellschaft gedrängt, den  
79 Abbau von Barrieren für Menschen mit Behinderung vorangetrieben,

80 Bürger\*innenentscheide initiiert und durch einen solchen den Erhalt des Freibades  
81 Katzheide gesichert, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gefördert und generell  
82 immer wieder die Anliegen derer vertreten, die in unserer Gesellschaft benachteiligt sind  
83 und am ehesten von einer Politik profitieren, die sich an Gemeinwohl orientiert und nicht  
84 am Gewinnstreben von Wirtschaftsunternehmen.

85 In der laufenden Wahlperiode (2018-2023) sind u.a. diese Erfolge unserer Initiative zu  
86 verdanken:

- 87 - die Erklärung Kiels zum sicheren Hafen für Geflüchtete (Drs. 0651/2018 und Drs.  
88 0974/2018)
- 89 - die Verabschiedung einer Resolution zum 80. Jahrestag der Reichspogromnacht  
90 zur Erinnerung an die Verbrechen jener Nacht und zur Mahnung gegen  
91 Antisemitismus und Rassismus (Drs. 0768/2018)
- 92 - eine Bedarfsermittlung zu Wohneinrichtungen für Menschen mit Schwerst- und  
93 Mehrfachbehinderung (Drs. 0964/2018)
- 94 - die Rückkehr zur Bezahlung nach Tarif bei der Kieler Bäder GmbH (Drs. 1157/2018)
- 95 - die konkrete Planung zur Abbildung der geschlechtlichen Vielfalt in Kiel (Drs.  
96 1162/2018)
- 97 - die Befreiung der Satzung über die Haus- und Badeordnung für die Kieler Bäder  
98 von unzeitgemäßen und diskriminierenden Begriffen (Drs. 0294/2019)
- 99 - eine Förderung der TierTafel (Drs. 0404/2019)
- 100 - die Realisierung von Kunst im öffentlichen Raum am Hörnbad (Drs. 0413/2019)
- 101 - die Unterstützung des Städteappells von ICAN (International Campaign to Abolish  
102 Nuclear Weapons), der die Bundesregierung auffordert, dem 2017 von den  
103 Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen  
104 beizutreten (Drs. 0423/2019)
- 105 - die Erstellung eines Konzeptes zur Förderung von Elektromobilität in Form von  
106 Pedelecs, E-Bikes und Lastenrädern (Drs. 0580/2019)
- 107 - eine Aufforderung an die Landesregierung, die Kappungsgrenzenverordnung zu  
108 verlängern und die Regelungen der Mietpreisbremse in Schleswig-Holstein  
109 beizubehalten (Drs. 0598/2019)
- 110 - den Aufbau eines digitalen Aufklärungs- und Beratungsangebots zu Inter- und  
111 Transsexualität sowie zur Geschlechtsoption „divers“ (Drs. 0621/2019)
- 112 - die Aussetzung von Preiserhöhungen für Fahrten der KVG (0719/2019)
- 113 - WLAN für alle Standorte der Stadtbücherei (Drs. 0125/2020)
- 114 - die Einrichtung eines Taubenschlags für Kiel (Drs. 0869/2020)
- 115 - die Umgestaltung des Bahide-Arslan-Platzes für eine bessere Aufenthaltsqualität  
116 und als Gedenkort (Drs. 0886/2020)
- 117 - die Änderung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 1022  
118 „Boelckestraße Süd“ zugunsten von Artenschutz und ökologischer Aufwertung (Drs.  
119 0139/2021)
- 120 - die Ermöglichung digitaler Sitzungen für alle Beiräte (Drs. 0237/2021)
- 121 - die Erarbeitung eines Konzeptes für kommunalpolitische Bildung für Kieler Kinder  
122 und Jugendliche (Drs. 0263/2021)
- 123 - kostenlosen Eintritt in die Kieler Bäder für finanziell benachteiligte Kinder und  
124 Jugendliche (Drs. 0694/2021 und Drs. 0475/2022)
- 125 - ein Bekenntnis zu einer fairen und nachhaltigen Beschaffung für die  
126 Landeshauptstadt Kiel (Drs. 0701/2021)
- 127 - die Schaffung von mehr, besser im Stadtbild verteilten und unterschiedlichen  
128 Bedarfen entsprechenden Sitz- und Verweilmöglichkeiten (Drs. 0802/2021)

- 129 - die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten an den Kieler Schulen  
130 und in den Kieler Jugendtreffs (Drs. 0975/2021)  
131 - die zumindest zeitweilige Aussetzung von Sperrern der Versorgung mit Wasser,  
132 Strom, Heizung und Gas (Drs. 1044/2021)

133 Unter unserer Beteiligung kamen auch folgende Errungenschaften der laufenden  
134 Wahlperiode zustande:

- 135 - eine Perspektive auf Wiedereingliederung in den öffentlichen Tarif und die  
136 Muttergesellschaft für die Beschäftigten im Service des Städtischen Krankenhauses  
137 - Konkretisierungen für die Realisierung der Stadtbahn  
138 - die Hinführung zu einer tariflichen Bezahlung in den stadteigenen Betrieben  
139 - mehr Maßnahmen zum Erhalt und zur Neupflanzung Kieler Bäume  
140 - der Entschluss zur Einrichtung eines Drogenkonsumraums in Kiel im Rahmen  
141 fortschrittlicher Suchtarbeit  
142 - eine Förderung musikalischer Früherziehung  
143 - die Ausstattung aller Ausschüsse und Beiräte mit den Voraussetzungen für digitale  
144 Arbeit  
145 - ein Appell an die Landesregierung, die auskömmliche Finanzierung der  
146 Frauenhäuser und Frauenfacheinrichtungen in Kiel bzw. in Schleswig-Holstein  
147 sicherzustellen  
148 - die Ausweisung von Gaarden als Sanierungsgebiet  
149 - die Rettung des Stadtteilladens in Gaarden  
150 - die Errichtung des Platzes der Kinderrechte  
151 - die fortgesetzte Förderung der Kosten für die Praxisintegrierte Ausbildung (PIA) für  
152 Erzieher\*innen in Kiel  
153 - die Aufstellung roter Bänke als Zeichen gegen Gewalt an Frauen und mit  
154 Kontaktdaten von Hilfstelefonen und Beratungsstellen  
155 - Maßnahmen zur Unterstützung des Kieler Gastronomiegewerbes während der  
156 pandemiebedingten Einschränkungen  
157 - die Resolution „Für Frieden und Freiheit in der Ukraine und der Welt“  
158 - die Einberufung eines Runden Tisches, um Probleme wie Vermüllung,  
159 Vandalismus, Ruhestörungen etc. auf öffentlichen Plätzen zu vermeiden  
160 - die Etablierung geschlechtergerechter Sprache in Publikationen der  
161 Landeshauptstadt Kiel  
162 - die Anpassung der Satzung über die Haus- und Badeordnung für die Kieler Bäder  
163 im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit

164 Eine respektvolle Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Parteien sowie die  
165 unerlässliche Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften begleitete immer  
166 wieder unseren Einsatz für das gute Leben für alle in Kiel.

167 Die Politik im Rathaus muss weiter verändert werden. Gerade im Angesicht der stark  
168 gestiegenen und weiter steigenden Lebenshaltungskosten braucht die Kieler  
169 Ratsversammlung die Linksfraktion, die den Wirtschaftslobbyist\*innen widerspricht und  
170 konsequent wirklich soziale Politik verfolgt!

171 Wir wollen den Druck auf die Stadt und die anderen Parteien weiter erhöhen und als laute  
172 Stimme für ein gerechtes und buntes Kiel am 14. Mai 2023 mit einer gestärkten Fraktion in  
173 die neue Ratsversammlung einziehen!

## 174 **Wohnen**

175 Bezahlbarer und angemessener Wohnraum ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für  
176 ein menschenwürdiges Leben.

177 Die Politik der vergangenen Jahre hat dafür gesorgt, dass immer mehr Menschen in Kiel  
178 zu Wohnungsnotfällen geworden sind – über 2300 Menschen in Kiel haben keine eigene  
179 Wohnung, sondern leben in Hotels, bei Bekannten auf der Couch, in Sammelunterkünften  
180 oder auf der Straße.

181 Gleichzeitig drängt die Stadt Kiel auf Transferleistungen angewiesene Einwohner\*innen  
182 immer wieder durch zweifelhafte Mietminderungsaufforderungen dazu, nach bezahlbarem  
183 Wohnraum suchen zu müssen. Endergebnis dieser meist erfolglosen Prozedur ist, dass  
184 Transferleistungsempfänger\*innen dazu genötigt werden, einen Teil ihrer Regelleistung als  
185 vermeintlich zu hohe Miete – nach unserer Auffassung rechtswidrig – zu tragen.  
186 Außerdem sind mittlerweile mehr als 40 % der Mieter\*innen in Kiel gezwungen, über 30 %  
187 ihres Einkommens für ihre Miete auszugeben.

188 Die Stadt hat ihr Versprechen, bei Neubauprojekten 30 % der Wohnfläche sozial zu  
189 fördern, immer wieder gebrochen. Immer, wenn die Investor\*innen solcher  
190 Wohnbauprojekte ihre Renditeorientierung belastet sahen, ergab sich die Stadt diesen  
191 Geldinteressen. Durch das Auslaufen alter Sozialbindungen ist die Zahl der geförderten  
192 Wohnungen zudem immer weiter gesunken. In einigen Stadtteilen in Kiel befindet sich fast  
193 oder gar keine bezahlbare Wohnung für Menschen mit niedrigem Einkommen mehr. Dafür  
194 werden in Kiel immer mehr Luxusquartiere wie z.B. das Schlossquartier in der Innenstadt  
195 oder die Neubauten am Kleinen-Kiel-Kanal hochgezogen.

196 So darf es nicht weitergehen! DIE LINKE. Kiel will bezahlbares Wohnen für alle und will  
197 auch Miethaie wie VONOVIA und die LEG endlich in die Schranken weisen!

198 DIE LINKE. Kiel kämpft:

199 • für eine massive Stärkung der Kieler Wohnungsgesellschaft (KiWoG). Die KiWoG  
200 soll in zehn Jahren über 15.000 Wohnungen umfassen.

201 • für 50 % sozial geförderten Wohnraum bezogen auf die Fläche bei  
202 Wohnungsneubauten (oder Nachverdichtungen). Die Stadt muss verpflichtend  
203 Vorkehrungen treffen, um diese Quote sicherzustellen und zukünftig weiter  
204 auszubauen.

205 • für mehr spezielle Wohnraumangebote für Student\*innen und Auszubildende, die  
206 die Monatsmiete von 300 Euro nicht überschreiten.

207 • für die Bebauung aller geeigneten öffentlichen Bauflächen (z.B. auf dem  
208 ehemaligen MFG5-Gelände) durch die KiWoG.

209 • für die konsequente Nutzung des Vorkaufsrechts von Wohnungen und Flächen  
210 durch die Stadt Kiel zugunsten der KiWoG.

211 • für einen neuen „Masterplan Wohnen“, der die Bebauung von Sozialwohnungen in

- 212 bessergestellten Stadtteilen ermöglicht.
- 213 • für die Kooperation der Stadt mit gemeinnützigen, nicht profitorientierten  
214 Wohnungsbauträger\*innen, wie z.B. dem Mietshäusersyndikat und HEMPELS.
- 215 • für höheres Bauen durch Erhöhung der Traufhöhe. So kann mehr Wohnraum bei  
216 gleichem Grundflächenverbrauch geschaffen werden.
- 217 • für den Bau von Mehrfamilien- statt Einfamilienhäusern in Kiel.
- 218 • für die Einführung von Belegbindungen privaten Wohnraums zugunsten  
219 benachteiligter Gruppen.
- 220 • für die Einführung einer kostenlosen städtischen Mieter\*innenberatung zur  
221 Unterstützung von Mieter\*innen gegen die großen Miethäuser und für die Förderung  
222 von widerständiger Selbstorganisation durch die Mieter\*innen.
- 223 • für realistische Mietobergrenzen und das Verbot von Zwangsumzügen, die durch  
224 das Jobcenter angeordnet werden.
- 225 • für die konsequente Anwendung des Wohnraumschutzgesetzes gegen Leerstand  
226 und illegale Ferienwohnungen.
- 227 • für die Einführung der Kappungsgrenzenverordnung in Kiel.
- 228 • für die Schaffung von Milieuschutzgebieten in von Aufwertung bedrohten Stadtteilen  
229 wie z.B. Gaarden oder Südfriedhof. Diese würden Vorkaufsrechte sichern und  
230 Luxusmodernisierungen genehmigungspflichtig machen.
- 231 • für die vollständige Barrierefreiheit bei kommunalen Wohnbauprojekten.
- 232 • gegen eine Verdrängung alternativer Wohnprojekte, wie z.B. der Wagengruppe  
233 Schlagloch. Es müssen dafür angemessene Flächen seitens der Stadt bereitgestellt  
234 werden.
- 235 • gegen weitere gentrifizierungsfördernde Bauprojekte. Vor dem Bau von Wohnungen  
236 für Bessergestellte in Gaarden zuerst der Bau von Sozialwohnungen in  
237 Düsternbrook!
- 238 • gegen die Stigmatisierung von Stadtteilen.
- 239 • gegen Hotelneubauten.

## 240 **Obdachlosigkeit**

241 Eine eigene Wohnung oder ein eigenes WG-Zimmer sind eigentlich eine  
242 Selbstverständlichkeit. Deutlich mehr als 2300 Menschen in Kiel verfügen jedoch nicht  
243 darüber.



244 Die Landeshauptstadt Kiel hat sich selbst das strategische Ziel gesetzt, soziale Stadt sein  
245 zu wollen. Dieser Anspruch bedingt auch für den Bereich der Wohnungslosenhilfe  
246 vermehrte Anstrengungen, zumal der Personenkreis der Obdachlosen/Wohnungslosen auf  
247 dem aktuellen freien Mietmarkt nahezu chancenlos ist.  
248 Für DIE LINKE. Kiel ist Wohnen ein Menschenrecht, das für alle Einwohner\*innen  
249 verwirklicht werden muss! Jede\*r Wohnungslose und jede\*r Obdachlose soll in Kiel die  
250 Chance auf eigenen Wohnraum haben!

251 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 252 • für den Ausbau der institutionellen Förderung für die Träger der  
253 Wohnungslosenhilfe.
- 254 • für die jährliche Zustiftung von Wohnungen an die Hempels-Stiftung. Diese Stiftung  
255 will Wohngebäude errichten und diese an wohnungslose Menschen dauerhaft  
256 vermieten.
- 257 • für die Bereitstellung von Grundstücken auf Erbpachtbasis (Erbpachtzins 0 %) für  
258 die Hempels-Stiftung.
- 259 • für die Bereitstellung von angemessenem Wohnraum durch die Kieler  
260 Wohnungsgesellschaft.
- 261 • für eine bedarfsgerechte Erweiterung der Obdachlosenunterkünfte. Das  
262 Bodelschwinghaus ist z.B. kontinuierlich überbelegt.
- 263 • für den Aufbau eines effektiven Housing-first-Konzeptes.
- 264 • für den Ausbau der Präventionsanstrengungen, um Wohnungslosigkeit von  
265 vornherein zu vermeiden.
- 266 • gegen die Verwaltungspraxis, einige zugereiste obdachlose Personen wieder  
267 wegzuschicken. Wer in Kiel um Hilfe bittet, soll Hilfe bekommen.

## 268 **Arbeit und Soziales**

269 Die Arbeitsverhältnisse bestimmen für die meisten Menschen nicht nur die existentiellen  
270 Grundlagen ihres Lebens, sondern prägen auch viele weitere Bereiche ihres persönlichen  
271 und sozialen Umfelds: den Freund\*innenkreis, Möglichkeiten zur Weiterbildung und  
272 kulturelle Interessen, aber auch den Umgang mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen  
273 und Verschleiß, psychische Belastungen und zwischenmenschliche Konflikte. Fehlende  
274 Arbeit oder Arbeit im Niedriglohnsegment bedeutet materielle Einschränkungen bis hin zu  
275 Notlagen. Sie ist eine der Hauptgründe für Armut in einer reichen Gesellschaft.

276 DIE LINKE setzt sich auf allen politischen Ebenen für bessere Arbeitsbedingungen und  
277 faire Löhne ein.

278 Die Landeshauptstadt hat als größte Arbeitgeberin vor Ort eine Vorbildfunktion. Die Stadt  
279 muss sich sowohl ihren eigenen Beschäftigten gegenüber als auch bei der  
280 Auftragsvergabe an externe Firmen beispielhaft verhalten. Es gilt, Arbeit zu fördern, die  
281 menschenwürdig und existenzsichernd ist.

282 Für diejenigen, die aus dem allgemeinen Arbeitsmarkt „herausgefallen“ sind, braucht es  
283 zukünftig eine engagierte kommunale Arbeits- und Beschäftigungspolitik. Hierbei ist  
284 unsere Vorstellung der Wiedereinstieg in sinnvolle und menschengerechte Arbeit, von der  
285 man leben kann – unbefristet und in Vollzeit oder bei Bedarf im vollzeitnahen Bereich. Die  
286 Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur (BA) z.B. im Bereich der Jobcenter soll kooperativ  
287 verlaufen. Die von obrigkeitsstaatlichen Handlungsmustern geprägte Anweisungskultur  
288 lehnen wir vollständig ab!

289 Aktive Beschäftigungsförderungspolitik wird nur erfolgreich sein, wenn sie auf Freiwilligkeit  
290 setzt, die Sinnhaftigkeit der angedachten Förderung klar ist und man sich auf Augenhöhe  
291 begegnet. Außerdem muss die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet  
292 werden.

293 DIE LINKE. Kiel kämpft:

294 • für die Rückführung der Gebäudereinigung in öffentliche Hand und den zukünftigen  
295 Einsatz von ausgebildetem Personal. Die Möglichkeit der berufsbegleitenden  
296 Qualifizierung ist dabei zu bieten.

297 • für die Verbesserung der finanziellen Situation von Selbstständigen, die im Auftrag  
298 der Stadt tätig sind (z.B. Honorarkräfte an der Förde-VHS oder Tagesmütter und  
299 -väter).

300 • für die Verstetigung der Kommission für Berufsbildung, Beschäftigung und  
301 Wirtschaft und deren Weiterentwicklung hin zu einem „Masterplan Gute Arbeit“.

302 • für die Förderung von Gewerbe- und Gründerzentren für kleine und  
303 mittelständische Unternehmen. Aus den bestehenden Angeboten heraus wird hier  
304 deutlich, dass es mehr Bedarf als Angebote gibt und diese Unternehmen sich somit  
305 gar nicht entwickeln können.

306 • für die Beendigung der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-  
307 und 2-Eurojobs) und Umwandlung in reguläre öffentlich finanzierte  
308 Arbeitsverhältnisse.

309 • für die Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS), in  
310 welchem gesellschaftlich notwendige, gemeinnützige Arbeit im Sozial-, Bildungs-  
311 und Umweltbereich nach den Grundsätzen der „Guten Arbeit“ angeboten wird.

312 • für den Ausbau von berufsqualifizierenden Umschulungs- und  
313 Weiterbildungsangeboten, die sich am örtlichen Bedarf orientieren und den  
314 Bedingungen „Guter Arbeit“ entsprechen.

315 • für die Entwicklung einer „Kultur der zweiten Chance“.

- 316 • für den Einsatz von mehr qualifiziertem und unbefristet eingestelltem Personal in
- 317 den Jobcentern, um die Betreuungsquote pro Sachbearbeiter\*in deutlich zu
- 318 verringern.
  
- 319 • für die Einrichtung einer Ombudsstelle für Beschwerden von
- 320 Transferleistungsbezieher\*innen.
  
- 321 • für die Erhöhung und Quartiersorientierung der Mietobergrenzen (MOG).
  
- 322 • für die Einrichtung eines Sozial-Monatstickets zu einem Preis, der höchstens dem
- 323 Regelsatz für Mobilität entspricht.
  
- 324 • für das Verbot von Stromsperrern und die Einführung von Sozialtarifen im
- 325 Energiebereich.
  
- 326 • für einen Härtefallfonds für Menschen, die aufgrund von Inflation und
- 327 explodierenden Energiekosten in finanzielle Not geraten.
  
- 328 • für die Beauftragung von Firmen, die sich an Tarifverträge halten, Billigjobs
- 329 ablehnen und keine Leiharbeiter\*innen beschäftigen, wo auch immer die Stadt
- 330 Auftraggeberin ist. Hier muss durch Modifizierung der Ausschreibungsmodalitäten
- 331 entsprechend gesteuert werden.
  
- 332 • gegen den Einsatz von Leiharbeiter\*innen in den Eigenbetrieben und Beteiligungen
- 333 Kiels.
  
- 334 • gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben auf Kosten der Beschäftigten.

335 **Hartz IV**

336 Arbeitslosigkeit sowie der Bezug von Hartz IV und Grundsicherung sind keine

337 Randerscheinung. Mehr als 35.000 Kieler\*innen sind von diesem System betroffen. Leider

338 weist der Umgang der Stadt Kiel mit Leistungsempfänger\*innen oft erhebliche Mängel auf.

339 Wir fordern eine Neuausrichtung der Arbeit des Jobcenters Kiel an den Bedürfnissen der

340 Betroffenen.

341 **DIE LINKE. Kiel kämpft:**

- 342 • für die Übernahme der Kosten der Unterkunft von Leistungsberechtigten in voller
- 343 Höhe und eine Erhöhung der Mietobergrenzen.
  
- 344 • für bedarfsdeckende Leistungen für Elektrizität und die Energieversorgung durch
- 345 die Einführung einer bedarfsorientierten Haushaltsenergiepauschale, die zusätzlich
- 346 zum Regelsatz gewährt wird.
  
- 347 • für die Schaffung einer „Energiesicherungsstelle“.

- 348 • für die Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Mobilität.
- 349 • für den Anspruch auf Fahrtkosten bei Bildungs- und Teilhabeleistungen.
- 350 • für Hilfen in dringenden Fällen durch das Jobcenter sowie telefonische
- 351 Erreichbarkeit der zuständigen Mitarbeiter\*innen.
- 352 • für einen Rechtsanspruch auf Eingangsbestätigung bei Jobcenterangelegenheiten.
- 353 • für kürzere Zeiträume zu Antragsbearbeitung im SGBII-Bereich.
- 354 • für eine Zusicherung zum Umzug innerhalb von 48 Stunden.
- 355 • für die öffentliche Finanzierung unabhängiger Sozialberatung.
- 356 • gegen die gesetzlichen Aufforderungen an Leistungsberechtigte, ihre „Kosten für
- 357 die Unterkunft“ senken zu müssen.
- 358 • gegen jegliche Sanktionen, die Menschen in ihrem Alltag noch weiter einschränken.

### 359 **Umwelt, Klima und Verkehr**

360 Die Stadt Kiel hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 eine ausgeglichene CO2-  
 361 Bilanz vorzulegen. Das ist angesichts der – wissenschaftlich belegten – Entwicklungen viel  
 362 zu spät! Wir wollen Maßnahmen umsetzen, die dieses dringend notwendige Ziel bis 2035  
 363 erreichen. Die Stadtverwaltung hat schon vorgelegt, was dafür geschehen müsste. Packen  
 364 wir es an!

365 Die Angebote der öffentlichen Verkehrsmittel sind bisher ungenügend. Auch die  
 366 Elektromobilität spielt eine zu geringe Rolle in Kiel. Zukunftstechnologien, die Mobilität  
 367 umweltfreundlich machen, müssen gezielt gefördert werden.  
 368 Seit DIE LINKE. Kiel in der Ratsversammlung vertreten ist, setzt sie sich konsequent für  
 369 das Konzept einer Stadtbahn ein, die abgasfrei und umweltschonend Mobilität für alle  
 370 garantiert. Eine begleitende Umstellung der Busflotte und der Fördeschiffahrt auf E-  
 371 Antrieb ist hilfreich, auch wenn die ökologische CO2-Bilanz bei Elektro-Bussen schlechter  
 372 ist als bei schienengebundenen Verkehrssystemen.  
 373 Unser Ziel bleibt eine lebenswerte Innenstadt, die nicht von Blech dominiert wird. Der  
 374 Autoverkehr muss drastisch reduziert werden. Dazu muss die Attraktivität des öffentlichen  
 375 Personennahverkehrs (ÖPNV) an das Niveau des motorisierten Individualverkehrs  
 376 angeglichen werden, bei deutlich geringeren Kosten. Denn Mobilität muss jedem  
 377 Menschen ermöglicht werden. Mobilität ermöglicht Teilhabe, Mobilität ist ein Grundrecht!

378 Seit Jahren gehört Kiel zu den deutschen Städten mit den höchsten Belastungen bei den  
 379 Stickoxiden, d.h. einem Jahresmittelwert von über 60µg/m<sup>3</sup> Luft. Hinzu kommen  
 380 zusätzliche Verschmutzungen durch Feinstaub, die insbesondere durch den Verkehr im  
 381 Nord-Ostsee-Kanal sowie im Kieler Hafen durch die Kreuzfahrtschiffe und die Fähren nach  
 382 Göteborg und Oslo entstehen. Die gesundheitlichen Folgen sind teils gravierend, von  
 383 Frühgeburten über Atemwegserkrankungen bis hin zu Auswirkungen auf die Herzfrequenz.

384 Leider hat die Stadt Kiel es in der Vergangenheit versäumt, diese Entwicklung zu stoppen.

385 Die Zerstörung des historischen Kieler Grüngürtels, eines wichtigen Lebensraums und  
386 Naherholungsgebietes, ist mittlerweile – spätestens seit dem Freimachen des Prüner  
387 Schlages (heute Möbel-Höffner-Gelände) – so weit fortgeschritten, dass alles Notwendige  
388 getan werden muss, um eine weitere Zerstörung zu verhindern, insbesondere für  
389 Straßenbauprojekte, die nach allen Planungen zur nötigen Verkehrswende zum Zeitpunkt  
390 ihrer geplanten Fertigstellung für den städtischen Verkehr überhaupt nicht mehr gebraucht  
391 werden, wie z.B. der A21-Anschluss, die Südspange oder die „Ostuferentlastungsstraße“.

392 DIE LINKE. Kiel kämpft:

393 • für verpflichtenden Landstrom für die Fährschiffe und Kreuzfahrtschiffe im Kieler  
394 Hafen.

395 • für ein Verkehrskonzept, das endlich Durchgangsverkehre durch die Kieler  
396 Innenstadt verhindert. Ein entsprechender Plan soll bis 2025 entwickelt und dann  
397 schnellstmöglich umgesetzt werden.

398 • für Tempo 30 auf allen Kreisstraßen in Kiel.

399 • für eine Reduzierung der Parkplätze im öffentlichen Raum um 2 % pro Jahr.

400 • für einen umfassenden Ausbau des Radwegenetzes, wobei der Fokus auf der  
401 Sicherheit der Radfahrer\*innen liegt.

402 • für mehr Velorouten, auch auf dem Ostufer.

403 • für flächendeckend instandgehaltene und barrierefreie Fußwege. Bisher nicht  
404 ausgebaute Gehwege müssen für jede\*n nutzbar gemacht werden.

405 • für einen umfassenden Ausbau des ÖPNV durch die systematische Verdichtung  
406 von Strecken, Haltepunkten und zeitlichen Taktungen

407 • für eine schnellstmögliche Realisierung der Stadtbahn.

408 • für die Schaffung von mehr Anreizen für den Ausbau der E-Mobilität, sowohl für  
409 Busse, Autos, Motorräder als auch für Fahrräder. Dazu gehören vor allem  
410 entsprechende Ladestationen.

411 • für eine Standortanalyse durch die Stadt Kiel für die Aufstellung von Ladestationen  
412 für E-Fahrzeuge und das Aufstellen von Schnell- und Normalladestationen nach  
413 Bedarf, der anhand der ausgewählten Kriterien ermittelt wurde.

414 • für eine Ausweitung der Sprottenflotte Richtung Stadtrand sowie durch mehr E-  
415 Bikes und dazugehörige Ladestationen.

416 • für mehr Car-Sharing-Angebote, vor allem im Bereich der E-Mobilität.

- 417 • für einen emissionsfreien ÖPNV durch seine komplette Umstellung auf ökologische  
418 Antriebsformen bis 2035.
- 419 • für günstige Fahrscheine für jede\*n mit weiteren Ermäßigungen für Kinder,  
420 Schüler\*innen, Auszubildende, Student\*innen, Geringverdienende, Menschen mit  
421 Behinderung sowie Rentner\*innen. Langfristig sollte der ÖPNV kostenfrei für alle  
422 Einwohner\*innen sein.
- 423 • für den ausnahmslosen Schutz des verbliebenen Kieler Grüngürtels. Wo immer  
424 möglich, muss zudem versucht werden, durch Lückenschluss den städtischen  
425 Grüngürtel wieder zu einem tatsächlich zusammenhängenden Gebiet und  
426 durchgängigen Lebensraum zu formen.
- 427 • für eine Bestandsgarantie für die Kieler Kleingärten. Sie stellen nicht nur wichtige  
428 Naherholungsbereiche dar, sondern sind auch ein spezifischer Lebensraum für  
429 bedrohte Arten.
- 430 • für die Widmung des Kieler Waldes als Naturwald. Dieser bleibt der öffentlichen  
431 Nutzung als Erholungsraum erhalten, schließt eine ökonomische Bewirtschaftung  
432 jedoch aus.
- 433 • für ein eigenständiges Dezernat für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz.
- 434 • für die Einstellung zusätzlichen Personals im kommunalen Grünflächenamt. Eine  
435 umfassende Pflege der Straßenräume muss jederzeit gewährleistet sein.
- 436 • für eine Reduzierung der städtischen Dienstflotte auf ein Minimum.
- 437 • für eine Fürsprache Kiels dafür, dass die Bahnstrecke Oldesloe-Neumünster  
438 möglichst schnell elektrifiziert und (wieder) zweigleisig ausgebaut wird, um  
439 durchgehende Züge zwischen Hamburg und Kiel über Bad Segeberg zu  
440 ermöglichen.
- 441 • für Anwohner\*innenparkplätze statt allgemein verfügbarem Parkraum in den  
442 Wohngebieten.
- 443 • für eine Reduzierung der Kreuzfahrtschiffe im Kieler Hafen. Langfristig muss der  
444 Kreuzfahrttourismus ganz aus Kiel verschwinden.
- 445 • für ein verpflichtendes Mehrwegkaffeebechersystem in Kiel.
- 446 • für eine Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen.
- 447 • für die Förderung eines Pfandsystems für Mehrwegverpackungen bei allen To-Go-  
448 Essensangeboten und Lieferdiensten.
- 449 • für Flächenentsiegelungen, wo immer möglich.
- 450 • gegen die Südspange, die sogenannte „Ostuferentlastungsstraße“ (auch „Ostring  
451 2“) und weitere aus der Zeit gefallene Straßenbauprojekte! „Wer Straßen sät, wird

452           Verkehr ernten“ – und wir müssen den Autoverkehr dringend reduzieren.

### 453 **Energieversorgung**

454 DIE LINKE.Kiel strebt eine sozial und ökologisch verträgliche Energiewende an. Dazu  
455 gehört, die Energieversorgung nicht in den Händen renditeorientierter Konzerne zu lassen.

456 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 457       • für eine vollständige Rekommunalisierung der Kieler Stadtwerke.
- 458       • für die Einrichtung eines Energiebeirates, welcher bürger\*innennah Konzepte zur  
459       lokalen Umsetzung der Energiewende unter sozialen Gesichtspunkten diskutiert  
460       und u.a. auch den Stadtwerken beratend zu Seite steht .
- 461       • für die energetische Sanierung aller öffentlichen Gebäude.
- 462       • für eine Energieerzeugung durch 100 % erneuerbare Energien bis 2035.
- 463       • für eine Solarpflicht auf allen öffentlichen Gebäuden und auf allen Neubauten, auf  
464       denen eine positive Energiebilanz zu erwarten ist.
- 465       • gegen jegliche Strom-, Gas-, und Wärmesperrern durch die Kieler Stadtwerke.
- 466       • gegen Transporte radioaktiver Abfälle durch den Nord-Ostsee-Kanal.
- 467       • gegen eine Deponie für schwach radioaktiven Abfall vor den Toren Kiels.

### 468 **Gesundheit und Pflege**

469 Durch den auferlegten Sparzwang steht dieses reiche Land bei der Pflegequalität- unter  
470 anderem in puncto ausgelassene Pflegemaßnahmen und Personalschlüssel- im EU-  
471 Vergleich besonders schlecht da.

472 Die Folgen der ständigen Sparmaßnahmen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen  
473 sind unter anderem prekäre Arbeitsverhältnisse, was sich nicht nur drastisch auf die  
474 Gesundheit der Pflegekräfte, Therapeut\*innen und Ärzt\*innen, sondern vor allem auf die  
475 der Patient\*innen auswirkt. So kommt es in Krankenhäusern durch fehlende Zeiten für  
476 Reinigung und Hygienemaßnahmen immer öfter zu Ansteckungen mit multiresistenten  
477 Keimen. Laut Schätzungen der Deutschen Patientenstiftung sterben in Deutschland  
478 jährlich bis zu 20.000 Menschen an den Folgen einer Infektion mit Krankenhauskeimen,  
479 400.000 bis 600.000 stecken sich an. In der Pflege kommt es durch den Pflegenotstand zu  
480 vermeidbaren gesundheitlichen Beschwerden, die sich maßgeblich in höheren  
481 Behandlungskosten niederschlagen.

482 In der Corona-Pandemie haben sich die schlimmen Zustände nur noch weiter zugespitzt.

483 DIE LINKE. Kiel steht für eine Gesundheitspolitik für den Menschen und gegen eine  
484 Versorgung durch private Firmen, die mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen große  
485 Geldgeschäfte machen. Gesundheit darf nicht als Ware behandelt werden!

486 DIE LINKE Kiel. kämpft:

- 487 • für die Rekommunalisierung der privaten Krankenhäuser Kiels und die vollständige  
488 Wiedereingliederung zuvor ausgegliederter Bereiche.
- 489 • für die Rekommunalisierung der Pflegeeinrichtungen. Die Privatisierung städtischer  
490 Pflegeeinrichtungen durch SPD und Grüne ab 1999 verschlechterte die Situation für  
491 die zu Pflegenden und für das Pflegepersonal erheblich.
- 492 • für tarifliche Bezahlung sowie faire Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im  
493 Städtischen Krankenhaus. DIE LINKE steht solidarisch an der Seite von  
494 Arbeitskämpfen in der Pflege. Um der problematischen Entwicklung wirksam  
495 entgegenzutreten zu können, braucht es öffentlichen und politischen Druck.
- 496 • für die Schaffung von Einrichtungen zur solitären Kurzzeitpflege.
- 497 • für die Verbesserung der Kooperation zwischen Kitas, Schulen und  
498 Gesundheitsamt zur Gesundheitsvorsorge.
- 499 • für eine wissenschaftliche und aufgeklärte Drogenpolitik, bei der Konsument\*innen  
500 aller Drogen entkriminalisiert werden. Durch eingestellte Strafverfolgung werden  
501 Gelder eingespart, die in der Drogen- und Suchtberatung, Suchtprävention und  
502 Therapie weit sinnvoller eingebracht sind. Vor Ort unterstützt DIE LINKE. Kiel bis  
503 dahin Konsumräume und Drug-Checking.
- 504 • für eine Förderung kommunaler Gesundheits- und Ernährungsberatung,  
505 Selbsthilfegruppen, Präventivmaßnahmen zu HIV und anderen übertragbaren  
506 Krankheiten/Infektionen sowie der (Weiter-)Entwicklung ähnlicher Projekte durch  
507 Patient\*inneninitiativen.
- 508 • für niedrigschwellige Infektionsschutzmaßnahmen, die allen Mitbürger\*innen die  
509 gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und die an der Wissenschaft orientiert sind,  
510 u.a. Maskenpflicht auf städtischen Veranstaltungen und in allen städtischen  
511 Gebäuden.
- 512 • gegen jegliche Privatisierung des städtischen Krankenhauses.  
513 Gesundheitsversorgung muss öffentlich und bedarfsgerecht sein. Den Begriff  
514 „Rendite“ aus den Köpfen der Krankenhaus- und Pflegeheimbetreiber\*innen  
515 streichen!
- 516

517 **Bildung**



518 **Schule**

519 Das Bildungswesen ist ein Grundpfeiler jeder Demokratie. Dies muss sich auch in der  
520 Zielsetzung der Bildungspolitik niederschlagen. Eine der wichtigsten Aufgaben der  
521 Bildungspolitik ist daher, die schulische Inklusion und Integration zu fördern. Die  
522 Verwirklichung des Rechts auf Bildung als Menschenrecht ist ein Grundanliegen der  
523 LINKEN. Keinesfalls darf Bildung als Nebenprodukt von Wirtschaftspolitik betrachtet  
524 werden.

525 Das deutsche Bildungswesen ist hochgradig selektiv. Die soziale Herkunft eines Kindes  
526 entscheidet weiterhin in hohem Maße über seine Zukunftschancen. Die Stadt Kiel als  
527 Schulträgerin muss dafür Sorge tragen, dass alle Schüler\*innen an ihren Schulen die  
528 gleichen Bildungschancen erhalten.

529 Kieler Schulen brauchen mehr Geld. Wie viel Gewicht der Bildung von der Politik  
530 eingeräumt wird, ist an den beklagenswerten Zuständen an den Kieler Schulen mit dem  
531 bloßen Auge ablesbar. Es werden lieber Großprojekte wie der Kiel-Kanal mit stadt-eigenen  
532 Geldern finanziert, statt diese für die Sanierung von Schulgebäuden und deren  
533 Infrastruktur einzusetzen!

534  
535 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 536 • für eine Bildungspolitik, die das Bildungssystem nach den Neigungen und  
537 Fähigkeiten der Schüler\*innen organisiert und nicht nach betriebswirtschaftlichen  
538 Gesichtspunkten und Mustern entscheidet.
- 539 • für einen Schulentwicklungsplan, der eine „Schule für alle“ umsetzt.
- 540 • für ein kostenfreies Mittagessen in den Schulmensen.
- 541 • für eine Bereitstellung sämtlicher benötigter Unterrichtsmaterialien und digitalen  
542 Endgeräte.
- 543 • für einen flächendeckenden Zugang zu kostenfreiem WLAN.
- 544 • für die Finanzierung schulischer Nachhilfe für Schüler\*innen aus finanziell schlecht  
545 gestellten Familien.
- 546 • für eine Fortentwicklung von bedarfsgerechten Freizeiträumen und Mensen an  
547 Kieler Ganztagschulen.
- 548 • für eine bedarfsgerechte Ausstattung an Kieler Schulen.
- 549 • für mehr Stellen für Sozialpädagog\*innen, um mehr Kompetenzen durch  
550 Fachpersonal aus Bereichen wie z.B. Psychologische Logopädie und Lerntherapie  
551 zu ermöglichen und das Lehrpersonal zu entlasten sowie die pädagogische  
552 Kompetenz an den Schulen insgesamt zu verbessern.
- 553 • für eine kindgerechte Ausstattung der Schulhöfe, die ein reichhaltiges Angebot an

554 Freizeit- und Spielmöglichkeiten bieten.

555 • für eine bessere Instandhaltung der sanitären Anlagen und damit einhergehend  
556 einen dauerhaften Sanierungsplan, der für eine nachhaltige Verbesserung der  
557 Zustände führt.

558 • für eine bessere Finanzierung der Schulen im gebundenen Ganztag. Bisher fördert  
559 das Land diese Schulen nur unzureichend mit einem geringen Sockelbetrag. Der  
560 Rest muss vom Träger, in diesem Fall von der Stadt, finanziert werden. Die  
561 Ratsversammlung muss gemeinsam mit den anderen Kommunen den Druck auf  
562 die Landesregierung erhöhen, um eine bessere und gerechtere Finanzierung zu  
563 ermöglichen.

564 • für mehr inklusive sexuelle und geschlechtergerechte Aufklärung an den Schulen,  
565 um die Diversität der Lebensstile frühzeitig zu vermitteln und Akzeptanz zu fördern.  
566 Dazu gehört auch, die Gendersensibilität der Lehrer\*innen zu schulen.

567 • für Luftfilteranlagen in allen Kieler Schulen.

568 • für barrierefreie Toiletten an allen Schulen.

569 • für kostenfreie Menstruationsprodukte auf allen Schultoiletten.

570 • für zusätzliche „All gender“-Toiletten an allen Schulen.

571 • gegen den Sanierungsstau an Kieler Schulen.

572 • gegen die Privatisierung von Schulgebäuden und dem Inventar.

## 573 **Hochschule**

574 Knapp 37.000 Menschen studieren in Kiel. Die CAU, die Fachhochschule und die  
575 Muthesius-Kunsthochschule prägen das Stadtbild wesentlich, die ständig steigenden  
576 Student\*innenzahlen stehen aber einer veralteten Infrastruktur mit viel zu geringen  
577 Kapazitäten, Sachmängeln und fehlendem Lehrpersonal gegenüber.

578 DIE LINKE. Kiel kämpft:

579 • für eine Bildung für alle, nicht nur für Eliten. In Deutschland hängt der  
580 Bildungserfolg stark vom Wohlstand der Eltern ab. Diese Verhältnisse wollen wir  
581 ändern und lehnen daher jede Erhöhung der Semesterbeiträge ab.

582 • für günstigen Wohnraum für Studierende in Hochschulnähe. Das führt ebenfalls zu  
583 einer Entlastung des ÖPNVs und des Straßenverkehrs in Hochschulnähe.

584 • für mehr Betreuung von Kindern. Damit Studierende und Angestellte mit Kindern  
585 bessere Chancen erhalten, muss es mehr Betreuungsmöglichkeiten geben. Dafür

- 586 brauchen wir deutlich mehr Plätze in Ganztags-Kitas und Krippen.
- 587 • für eine deutliche Stärkung des ÖPNV und dessen flexible Anpassung zu den  
588 Stoßzeiten im Hochschulbereich. Überlastete Buslinien zu und von den  
589 Hochschulen sind derzeit Realität.
- 590 • für mehr Geld für unsere Bildung. Die Landesregierung gibt nur Tropfen auf den  
591 glühenden Stein. Die Stadt Kiel muss im Land für eine wirksame Verbesserung der  
592 personellen und materiellen Infrastruktur an den Universitäten streiten!
- 593 • für berufs- und studienorientierte Projekte für Abiturient\*innen.
- 594 • für mehr Transparenz bei der Vergabe von Drittmitteln.
- 595 • für die Förderung von innovativen Lehrprojekten durch die Stadt.
- 596 • für eine bessere Instandhaltung der sanitären Anlagen und einhergehend einen  
597 dauerhaften Sanierungsplan, der für eine nachhaltige Verbesserung der Zustände  
598 führt.
- 599 • gegen Prekarisierung in Wissenschaft und Lehre. Gute Beschäftigungsverhältnisse  
600 und gerechte Bezahlung für Wissenschaftler\*innen, Mitarbeiter\*innen und  
601 Hilfskräfte müssen Standard sein! Diese Position muss auch die Stadt Kiel als  
602 Partnerin der Hochschulen einnehmen.
- 603 • gegen den Einfluss von Konzernen auf die Wissenschaft. Die Stadt Kiel muss sich  
604 gegen die Ausweitung der privaten Drittmittelfinanzierung an den Universitäten  
605 stark machen.
- 606 • gegen die Rüstungsforschung an unseren Hochschulen. Ein Verbot von  
607 militärischer Forschung und die Umsetzung einer Zivilklausel an den Hochschulen  
608 in Kiel ist dringend notwendig!

## 609 **Kultur**

- 610 Die Nutzung von Kultur- und Freizeitangeboten trägt zur Lebensqualität bei und muss  
611 allen Menschen gleichermaßen ermöglicht werden.
- 612 Kultur darf nicht dem marktwirtschaftlichen Prinzip untergeordnet werden. Mangelnde  
613 finanzielle Förderung lässt indes viele Kulturträger\*innen der Verlockung des  
614 „Sponsorings“ verfallen – häufig unter Verlust ihrer kulturellen Unabhängigkeit – und sorgt  
615 für ein langsames Sterben der wichtigen kulturellen Vielfalt.
- 616 DIE LINKE. Kiel setzt sich dafür ein, die kulturellen Initiativen und Einrichtungen in ihrer  
617 Diversität zu erhalten und finanziell besser abzusichern. Ein breites kulturelles Angebot  
618 trägt zur Demokratie bei und regt die Menschen an, ihre Kreativität zu entfalten. Unser  
619 besonderes Augenmerk gilt deshalb auch den unabhängigen kulturellen Einrichtungen, die  
620 aus Initiativen „von unten“ entstanden sind. Kultur, die von den Menschen selber  
621 geschaffen wird, stärkt eine eigene Identität im Lebensumfeld. Kultur muss für alle

622 Menschen erfahrbar und deshalb auch in allen Stadtteilen präsent sein.

623 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 624 • für die Förderung der städtischen Bühnen.
- 625 • für eine stärkere Förderung der Kinder- und Jugendkultureinrichtungen, so dass sie  
626 auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien zugänglich  
627 sind.
- 628 • für eine starke Vielfalt und Präsenz von Teilkulturen. Die Kulturarbeit von aus dem  
629 Ausland stammenden Mitbürger\*innen ist ein wesentlicher Bestandteil städtischer  
630 Kulturpolitik. Interkulturelle Begegnungsstätten fördern das gegenseitige  
631 Verständnis.
- 632 • für eine stärkere Förderung von freien z.B. Theater-, Musik- und Filmgruppen, auch  
633 bei der Zuweisung von geeigneten Räumlichkeiten.
- 634 • für eine allgemein breitere Bewerbung der öffentlichen Kinos, Theater, Galerien und  
635 Museen. Viele Kieler\*innen wissen gar nicht, wie breit das kulturelle Angebot in der  
636 Stadt ist.
- 637 • für kostenlose Eintritte für Kinder und Jugendliche zu allen Kieler Bühnen.
- 638 • für Kennzeichnung der Barrierefreiheit in allen Veranstaltungshinweisen. Auch  
639 Veranstaltungsorte, die nicht barrierefrei sind, müssen zur Orientierung  
640 gekennzeichnet sein.
- 641 • für die Stärkung und Weiterentwicklung der städtischen Erinnerungskultur. Die  
642 Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen ist zu  
643 fördern und zu vertiefen. Dazu zählen auch die Zwangsarbeit und die  
644 Bücherverbrennungen, die in Kiel stattgefunden haben.
- 645 • für eine stärkere Bewusst- und Sichtbarmachung von Kunst im öffentlichen Raum.
- 646 • für mehr Kooperation zwischen kulturellen Vereinen und Einrichtungen mit Schulen  
647 und Hochschulen.
- 648 • für die Befreiung der „Alten Meierei“ von Mietzahlungen.
- 649 • für die Einrichtung eines „Kieler Atelier der Künste“, das die Arbeit von  
650 Künstler\*innen in und zur Stadt Kiel gezielt fördern und der Öffentlichkeit zugänglich  
651 machen soll.
- 652 • für eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Büchereien.
- 653 • für eine Kieler Woche, die für alle attraktiv ist und an der alle teilhaben können. Dies  
654 kann z.B. durch 50 % Ermäßigung an allen Ständen für alle Auszubildenden,  
655 Studierenden, Jugendlichen und Inhaber\*innen des Kiel-Passes, durch eine Bühne

656 mit attraktivem Musikangebot im Blaupark in Gaarden und durch die Abschaffung  
657 der Eintrittsgelder an der Freilichtbühne auf der Krusenkoppel erreicht werden.

## 658 **Kinder und Jugend**

659 Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume für eigene Erfahrungen und zur Entfaltung  
660 ihrer Persönlichkeit. Ungefragt wird ihre Lebens- und Erlebniswelt jedoch durch  
661 Erwachsene bestimmt, es werden Kinderinteressen in der Regel als nachrangig behandelt  
662 und Jugendliche oft komplett ignoriert.

663 Es muss dafür gesorgt werden, dass Kinder generell ein soziales Umfeld bekommen, in  
664 dem sie sich wohlfühlen und ihr Kindsein ausleben können. Wir wollen mit einer  
665 ganzheitlichen Politik, die Infrastruktur, aber auch Sicherheit und Soziales umfasst, dafür  
666 sorgen, dass eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft entsteht.

667 Ein großes Thema ist die Kinderbetreuung. Vermehrt möchten bzw. müssen Eltern ihre  
668 Kinder in die Halbtags- oder auch Ganztagsbetreuung geben, um einer Arbeit nachgehen  
669 zu können und so für den Unterhalt zu sorgen. Doch bei Weitem deckt das Angebot nicht  
670 den gewünschten Bedarf. Das ist auch in Kiel der Fall. Zudem steigen die Kosten stetig  
671 an.

672 Für Jugendliche ist eigener Raum, in dem sie sich weiterentwickeln und mit anderen  
673 Jugendlichen treffen können, von essenzieller Bedeutung. Wir setzen uns auch für eine  
674 jugendgerechte Raumplanung sowie die Schaffung eines jugendfreundlichen  
675 Wohnumfelds ein.

676 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 677 • für den Bau von neuen Kindertagesstätten.
- 678 • für den kostenlosen Besuch der Kindertageseinrichtungen.
- 679 • für mehr Ganztagsplätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen.
- 680 • für die Einrichtung von mehr Eltern-Kind-Büros und von arbeitsplatznahen  
681 Kinderbetreuungen für familienfreundliche Arbeitsbedingungen.
- 682 • für eine Verringerung der Gruppengröße mindestens entsprechend der EU-  
683 Empfehlung: 15 Kinder (3-6 Jahre), 8 Kinder (1-3 Jahre), sowie den Einsatz von gut  
684 aus- und fortgebildetem Fachpersonal, mindestens 2 Erzieher\*innen pro Gruppe.
- 685 • für eine räumliche Ausstattung, die an die Bedürfnisse der Kinder und des  
686 Fachpersonals angepasst ist (EU-Empfehlung: 75 m<sup>2</sup> pro Gruppe und Schlafräum).
- 687 • für die Anpassung der Gruppengröße und des Personalschlüssels an die  
688 besonderen Gegebenheiten in integrativen Gruppen.

- 689 • für eine Verbesserung der Gerätesituation auf Spielplätzen.
- 690 • für kindgerechte Verkehrswege.
- 691 • für den Auf- und Ausbau von Beratungsangeboten für von Gewalt betroffene Kinder  
692 und Jugendliche.
- 693 • für mehr Mitbestimmung durch den Kinder- und Jugendbeirat und regelmäßige  
694 Jugendortsbeiratssitzungen.
- 695 • für Spielplätze und Räume, die Menschen mit Behinderung berücksichtigen.
- 696 • für mehr kommunale Angebote und Treffpunkte wie die Kieler Jugendtreffs.
- 697 • für eine bessere finanzielle und materielle Ausstattung der bestehenden  
698 Jugendtreffs.
- 699 • für mehr Skaterparks und öffentliche Räume mit Graffiti-Flächen, an denen sich  
700 Jugendliche aufhalten können.
- 701 • für Unterstützung und weitere Familienzentren zur Kooperation zwischen den Kitas,  
702 zwischen Kitas und Schule, zwischen Kitas/Schule und Sportvereinen.
- 703 • gegen öffentlich-private Partnerschaften (ÖPPs) beim Bau von KiTas und Schulen.
- 704 • gegen die Privatisierung von Kinderspielplätzen.

## 705 **Leben im Alter**

706 DIE LINKE. Kiel ist gegen jede Form von Altersdiskriminierung und stellt gesellschaftliche  
707 Verhältnisse in Frage, die ein menschenwürdiges Leben im Alter nicht gewährleisten.  
708 Kommunale Planungen sollten die Teilhabe und das selbstbestimmte Leben von  
709 Senior\*innen fördern.

710 Eine wachsende Zahl von älteren Menschen ist von Altersarmut bedroht. Das betrifft vor  
711 allem Frauen, denn das bestehende Rentenrecht orientiert sich überwiegend an den  
712 Erwerbsbiographien von Männern. Angesichts zunehmender Alterung der Gesellschaft gilt  
713 mehr denn je: Der solidarische Generationenvertrag ist ein Kulturgut, das vor einer  
714 ungerechten und unsozialen Politik geschützt werden muss.

715 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 716 • für die Erstellung einer Bedarfsplanung und einer Analyse der heutigen  
717 Wohnungssituation für Senior\*innen in Kiel.
- 718 • für eine altersgerechte Stadtplanung mit kurzen Wege für den Einkauf, gut  
719 ausgebautem, barrierefreiem ÖPNV, barrierefreien Toiletten, ausreichenden

- 720 Sitzgelegenheiten etc.
- 721 • für das Recht auf eine den Bedürfnissen entsprechende Wohnung, auf  
722 Mieter\*innenschutz und im Bedarfsfall auf Angebote für betreutes Wohnen und  
723 Pflege. In der Wohnumwelt sollen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit erhalten  
724 bleiben.
- 725 • für Senior\*inneneinrichtungen in öffentlicher Hand. Ein würdiges Leben im Alter  
726 muss bedingungslos sein und darf sich nicht rechnen müssen. Wir lehnen jedes  
727 Profitstreben auf Kosten von älteren Menschen ab.
- 728 • für einen besseren Zugriff auf Weiterbildungsangebote für ältere Menschen, die  
729 ihren Lern- und Bildungsbedürfnissen entsprechen und sie gleichermaßen als  
730 Lernende und Lehrende akzeptieren. Im Bildungsbüro der Landeshauptstadt Kiel  
731 müssen die Bedürfnisse älterer Menschen besser integriert werden.
- 732 • gegen die Privatisierung von Betreuungseinrichtungen auf Kosten von  
733 Senior\*innen.

#### 734 **Leben mit Behinderungen**

735 Die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen müssen dringend stärker in das  
736 kommunale Bewusstsein rücken und in die entsprechenden politischen Prozesse  
737 einfließen.  
738 Es ist kontinuierlich zu überprüfen, wo Gleichstellung, Teilhabe und Selbstbestimmung  
739 verbessert werden müssen. Viele Gebäude sind noch immer nicht für  
740 Rollstuhlfahrer\*innen zugänglich und Blindenampeln nur punktuell installiert;  
741 Blindenleitsysteme fehlen oft. Für Gehörlose und Schwerhörige fehlen durchgängig  
742 technische Vorrichtungen wie z.B. Induktionssysteme. Gebärdendolmetscher\*innen stehen  
743 selten zur Verfügung.

744 Die Stadt Kiel muss sich verpflichtend für die komplette Umsetzung der UN-BRK  
745 (Behindertenrechts-Konvention) und des BGG engagieren. Alle angebotenen Hilfen haben  
746 die Würde und das Recht auf Selbstbestimmung aller Betroffenen zu achten.

747 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 748 • für den Ausbau von alters- und behindertengerechten Wohnungen und betreutem  
749 Wohnen.
- 750 • für eine kommunale Beratungs- und Zuweisungsstelle für barrierefreien Wohnraum  
751 und dessen Finanzierung. Das Leben in den eigenen vier Wänden muss auch für  
752 Menschen mit Behinderung selbstverständlich sein.
- 753 • für die Schaffung von Einrichtungen zur solitären Kurzzeitpflege.
- 754 • für eine bevorzugte Förderung ambulanter Dienste und alternativer Wohnformen

- 755 vor institutionellen Unterbringungen. Ambulant vor stationär!
- 756 • für die Berufung eines\*r unabhängigen Expert\*in zur Umsetzung der vollständigen  
757 Barrierefreiheit bei kommunalen oder städtisch ausgeschriebenen  
758 Wohnungsbauprojekten.
- 759 • für eine bessere Entlohnung und qualitativ verbesserte Rahmenbedingungen in  
760 Werkstätten für Menschen mit Behinderung.
- 761 • für eine inklusive Gemeinschaftsschule mit passend geschultem Personal.
- 762 • für eine Beschäftigungsquote von Menschen mit Schwerstbehinderung bei der  
763 Ausschreibung öffentlicher Aufträge.
- 764 • für eine bedarfsorientierte kommunale Unterstützung von Sportvereinen,  
765 Freizeitgruppen und Kultureinrichtungen, die sich für Menschen mit Behinderung  
766 öffnen sowie für selbstbestimmte Zusammenschlüsse von Menschen mit  
767 Behinderung in diesen Bereichen.
- 768 • für Abstellflächen für E-Roller. Auf Fußwegen geparkte E.Roller können gefährliche  
769 Hindernisse darstellen.
- 770 • für Gewährleistung von Barrierefreiheit im gesamten städtischen Raum sowie in  
771 öffentlichen Gebäuden.
- 772 • für eine verpflichtende Einbeziehung des Beirates für Menschen mit Behinderung  
773 bei allen öffentlichen Bauprojekten.
- 774 • für mehr Rechte für den Beirat für Menschen mit Behinderung sowie eine  
775 mindestens 70-%-ige Besetzung desselben mit Menschen, welche selbst eine  
776 Behinderung haben.
- 777 • für eine Genehmigung kommunal geförderter Veranstaltungen nur dann, wenn  
778 diese die Leitlinien zur Barrierefreiheit erfüllen.
- 779 • für eine größere Unterstützung und Akzeptanz der „Persönlichen Assistenz“ durch  
780 die kommunale Verwaltung.
- 781 • gegen eine Abschiebung von Menschen mit Behinderung in Werkstätten für  
782 Menschen mit Behinderung.
- 783 • gegen Werkstätten für Menschen mit Behinderung in ihrer jetzigen Form. Ein  
784 dauerhaft sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz auf dem allgemeinen  
785 Arbeitsmarkt für jede\*n ist unser Ziel. Wer dabei Unterstützung braucht, soll sie  
786 erhalten.

## 787 **Migration und Antirassismus**



788 Gut 28 % der Kieler Einwohner\*innen sind statistisch gesehen Menschen „mit  
789 Migrationshintergrund“. Es handelt es sich aber um keine einheitliche Gruppe von  
790 „Einheimischen“ einerseits und „Zugezogenen“ oder „Migrant\*innen“ andererseits;  
791 vielmehr weist Kiel eine diverse Bevölkerung mit unterschiedlichsten kulturellen,  
792 gesellschaftlichen, religiösen oder politischen Interessen auf.

793 Die Interessen und Bedürfnisse von Kieler\*innen „mit Migrationshintergrund“ müssen  
794 genauer differenziert und entsprechende Projekte vorangebracht werden. Die meisten  
795 Menschen „mit Migrationshintergrund“ in unserer Stadt sind Bürger\*innen, die seit  
796 Generationen in Kiel leben, hier geboren und aufgewachsen sind und hier ausgebildet  
797 wurden, aber obwohl sie eine deutsche Staatsangehörigkeit haben, immer noch oft in  
798 ihrem täglichen Leben als Fremde angesehen und diskriminiert werden. Nicht nur der  
799 Zugang zum Arbeitsmarkt wird „Nicht-deutsch-Aussehenden“ systematisch erschwert,  
800 sondern auch z.B. auf dem Wohnungsmarkt sind nicht nur Ausländer\*innen, sondern auch  
801 Deutsche „mit Migrationshintergrund“ erheblich benachteiligt.

802 Auch bei Geflüchteten gestaltet sich die Wohnsituation problematisch. Noch immer sind  
803 viele Menschen in den vorübergehenden Unterkünften untergebracht. Dieser Zustand ist  
804 unzumutbar! Hinzu kommt, dass Geflüchtete, vertrieben aus ihrem heimischen Umfeld und  
805 oft traumatisiert von dem Erlebten, gezielte und akute Hilfe benötigen – auch im  
806 sprachlichen Bereich und bei der Erlangung erster sozialer Hilfen. DIE LINKE. Kiel fordert  
807 daher den Ausbau bestehender Angebote und die Überführung ehrenamtlicher  
808 Geflüchtetenhilfe in institutionell geförderte Organisationen.

809 Gegen Rassismus und Nationalismus, die dieser Tage einen beängstigenden Aufwind  
810 erleben, stellen wir uns entgegen. DIE LINKE. Kiel setzt sich für ein Zusammenleben unter  
811 einer ehrlichen Akzeptanz und einem respektvollen Umgang mit der Diversität von  
812 Menschen jeglichen Hintergrunds ein.

813 Als wichtiges Tor zur Welt und mit der langen Geschichte eines regen Austauschs mit  
814 skandinavischen Nachbar- und Ostseeanrainerstaaten sollte Kiel auch für die länger  
815 Verweilenden geöffnet sein. Das gesellschaftliche Ziel ist nicht, Menschen in einen  
816 vermeintlichen soziokulturellen Mainstream einzugliedern, sondern sie mit und in ihrer  
817 Vielfalt zu akzeptieren. DIE LINKE. Kiel fordert: Kiels Tore für alle Menschen öffnen – ob  
818 von der Nord- oder Ostsee, vom Mittel- oder Polarmeer, ob von Atlantik oder Pazifik!

819 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 820 • für eine Akzeptanz unserer gesellschaftlichen Diversität. Es muss eine Abkehr von  
821 Integration im Sinne einer vollständigen Assimilation erfolgen und es müssen die  
822 Chancen unserer Vielfalt erkannt werden!
- 823 • für ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer\*innen mit Niederlassungserlaubnis  
824 oder EU-Daueraufenthalt.
- 825 • für eine politische Stärkung des Migrant\*innenbeirats.
- 826 • für eine schnellere Klärung der Wohnsituation von Geflüchteten.
- 827 • für mehr Angebote für Geflüchtete zur interkulturellen Begegnung und die

- 828 Förderung des ZEIKs und des interkulturellen Gartens in Gaarden.
- 829 • für einen Ausbau des Angebots „Deutsch als Zweitsprache“ (DAZ). Gerade für  
830 Erwachsene gibt es zu wenige Angebote, welche oft nur ehrenamtlich getragen  
831 sind.
- 832 • für eine Auslegung des Asylrechts zugunsten der Betroffenen so weit wie nur irgend  
833 möglich.
- 834 • für eine bessere Ausstattung der Ausländer\*innenbehörde durch mehr Personal, um  
835 die viel zu langen Wartezeiten zu verringern.
- 836 • für schnellere Einbürgerungen.
- 837 • für eine bessere Ausfinanzierung der ehrenamtlichen Geflüchtetenhilfe, so dass  
838 Menschen von dieser Arbeit leben und sie professionell ausüben können.
- 839 • für ein breiteres Angebot der Traumatherapie und eine bessere Bewerbung dieser  
840 Angebote.
- 841 • für Kiel als wirklich sicheren Hafen über Symbolpolitik hinaus.
- 842 • gegen den fortschreitenden Rechtsruck. Nationalismus und Rassismus jeglicher Art  
843 muss entschieden widersprochen werden!
- 844 • gegen institutionellen Rassismus, z.B. bei Bewerbungsverfahren oder auf dem  
845 Wohnungsmarkt.
- 846 • gegen Abschiebungen. Die Stadt Kiel soll sich zu einem Kodex verpflichten, um  
847 Abschiebungen zu minimieren und die Landesregierung unter Druck zu setzen. Es  
848 sollen keine Geflüchteten aus Kiel nach Glückstadt ins Abschiebegefängnis  
849 überstellt werden.
- 850 • gegen erzwungenen Flüchtlingsstopp. Nicht Flüchtende, sondern Kriegsursachen  
851 müssen bekämpft werden. Eine legale, sichere Fluchtroute muss geöffnet werden –  
852 alle Menschen müssen ihr Leben vor Krieg und Gewalt schützen können!
- 853 • gegen eine Unterscheidung von Geflüchteten „1. und 2. Klasse“.
- 854 • gegen die Diskriminierung von Menschen, die die Staatsbürgerschaft eines  
855 kriegsführenden Landes innehaben.

## 856 **Geschlechtergerechtigkeit**

857 Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Kiel sind Frauen. Dies spiegelt sich jedoch nicht in  
858 ihrem Einfluss in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wider. Frauen und deren Belange  
859 werden überwiegend von Männern vertreten; politische und wirtschaftliche  
860 Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen werden nur mangelhaft  
861 umgesetzt.

862 Frauen sind überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit sowie von ungerechter Bezahlung  
863 und Bewertung ihrer Arbeit betroffen. Neben der Erwerbsarbeit wird die reproduktive Arbeit  
864 im Haushalt zudem überwiegend von Frauen übernommen, ohne dass sie die dafür  
865 notwendige Anerkennung erhalten.

866 Ökonomische Unabhängigkeit und eine gerechte Verteilung bezahlter und unbezahlter  
867 Arbeit sind Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen  
868 Leben.

869 DIE LINKE. Kiel setzt sich für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit durch die  
870 Auswertung, Verbesserung und Reorganisation der Entscheidungsprozesse in der  
871 Selbstverwaltung und Verwaltung ein. Alle an der politischen Gestaltung beteiligten  
872 Akteur\*innen müssen grundsätzlich den Aspekt der Gleichstellung zwischen Frauen und  
873 Männern, zwischen Mädchen und Jungen, sowie der Vielfalt der Geschlechter  
874 berücksichtigen. Bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern müssen  
875 abgebaut und neue Ungleichheiten verhindert werden.

876 Gewalt an Frauen und Mädchen ist immer noch ein alltägliches Problem, insbesondere die  
877 sogenannte häusliche Gewalt. Beratungsstellen und Frauenzentren sowie Frauenhäuser  
878 sind häufig zu großen Teilen ehrenamtlich getragen und müssen nicht nur in ihrem  
879 Fortbestand gesichert werden, sondern auch ausgebaut werden.

880 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 881 • für eine höhere Teilhabe von Frauen in der Kieler Kommunalpolitik.
- 882 • für den Ausbau von Frauenförderungsprogrammen und  
883 Wiedereingliederungsprojekten. Dazu gehören z.B. spezifische integrative  
884 Maßnahmen für langzeitarbeitslose Frauen unter besonderer Berücksichtigung ihrer  
885 jeweiligen Lebensabschnitte und -bedingungen, konkrete  
886 Qualifizierungsmaßnahmen für un- und angelernte Frauen sowie die Vergabe der  
887 Hälfte aller Ausbildungsplätze an weibliche Bewerber\*innen.
- 888 • für die Stärkung und Weiterentwicklung bisheriger Hilfs- und Beratungsangebote  
889 (Frauenhaus, autonomes Mädchenhaus, Frauennotruf Kiel e.V., Donna Klara –  
890 psychosoziale Frauenberatungsstelle, TIO – Beratungsstelle für Migrant\*innen etc.).
- 891 • für die kommunale Bereitstellung und Förderung von Hilfsprogrammen für  
892 traumatisierte Frauen. Ein Fokus hierbei muss auf geflüchteten Frauen liegen.
- 893 • für ein vergünstigtes, kommunal finanziertes Frauennachttaxi.
- 894 • gegen finanzielle Einsparungen der öffentlichen Kassen zulasten von Frauen.
- 895 • gegen jegliche Gewalt an Frauen und Mädchen.

896 **Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt**

897 DIE LINKE. Kiel kämpft für die Akzeptanz der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in  
898 unserer Gesellschaft. Unser Ziel ist die Überwindung der heteronormativen Gesellschaft.  
899 DIE LINKE. Kiel steht für eine emanzipatorische Politik, die alle Lebensweisen unterstützt  
900 und für ihre Gleichberechtigung kämpft.

901 Ausgrenzung, Diskriminierungen, Beleidigungen und auch körperliche und sexualisierte  
902 Gewalt sind immer noch bittere Realität für homo-, bi-, pan- und asexuelle sowie trans-  
903 und intergeschlechtliche Menschen. Immer noch können viele Menschen in der  
904 Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne  
905 Nachteile befürchten zu müssen.

906 Der Kampf gegen Queerfeindlichkeit muss nicht nur gesellschaftlich erfolgen, sondern  
907 auch institutionell gefördert werden! Die Ratsfraktion DIE LINKE. Kiel war die erste  
908 Fraktion in der Kieler Stadtgeschichte, die diese Zielsetzung auch kommunal verfolgt hat.  
909 Dank ihr wurde 2012 das „Konzept gegen Homophobie“ verabschiedet, welches eine  
910 städtische Öffentlichkeitskampagne sowie Aufklärungsarbeit an Schulen umfasste.  
911

912 DIE LINKE. Kiel kämpft:

913 • für sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung.

914 • für die Akzeptanz unterschiedlicher Beziehungs- und Familienmodelle.

915 • für eine Ausfinanzierung der Arbeit der HAKI e.V. in Kiel. Die Haki e.V. ermöglicht  
916 Schwulen, Lesben, bisexuellen und trans\* Personen seit 1974 die Erfahrung von  
917 Solidarität und Selbstbestimmung in diskriminierungsfreien Räumen in Kiel und  
918 Umgebung. Ihre Arbeit wird zu überwiegenden Teilen ehrenamtlich realisiert und  
919 muss eine stärkere finanzielle Förderung seitens der Stadt erhalten.

920 • für die Fortschreibung bzw. Neuauflage und vollumfängliche Umsetzung des  
921 „Konzept[s] gegen Homophobie“, um Nachhaltigkeit in Information, Beratung,  
922 Antidiskriminierungsarbeit und Jugendarbeit zu gewährleisten. Eine Erweiterung  
923 zum Thema Transfeindlichkeit ist dabei unbedingt zu berücksichtigen.

924 • gegen alle Formen der Queerfeindlichkeit!

## 925 **Öffentlicher Raum**

926 DIE LINKE. Kiel versteht den öffentlichen Raum als Ort, der allen Einwohner\*innen gehört.  
927 Dementsprechend muss allen Kieler\*innen ermöglicht werden, an seiner Ausgestaltung  
928 und Belebung mitzuwirken.

929 Herausforderung dabei ist die Einbeziehung verschiedener sozialer Gruppen und ihrer  
930 unterschiedlichen, teils auch widersprüchlichen Erwartungen und Ansprüche. DIE LINKE.  
931 Kiel sieht eine heterogene Gestaltung des öffentlichen Raums als Bereicherung für das  
932 kommunale Leben und setzt sich für den aktiven Ideenaustausch und die Partizipation  
933 vielfältiger Interessensgruppen ein.

934 In den letzten Jahren ist die Politik der Stadt Kiel repressiver geworden. Der Kommunale

935 Ordnungsdienst überschreitet seine Kompetenzen, indem er Strafzettel für Radfahrende  
936 im fließenden Verkehr ausstellt, und die neue Grünflächensatzung der Stadt verdrängt  
937 junge Menschen aus den Parks. Im Schrevenpark wurden sogar schon völlig ruhig  
938 sitzende Menschen von einer Hundertschaft vertrieben.

939 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 940 • für mehr öffentliche und barrierefreie Toiletten. Mobile Toilettenkabinen, wie  
941 beispielsweise zur Sommersaison im Schrevenpark, können keine Dauerlösung  
942 darstellen.
- 943 • für mehr Mülleimer mit einer äußeren Halterung für Flaschenpfand nach Hamburger  
944 Vorbild.
- 945 • für mehr Sitzbänke im öffentlichen Raum. Es müssen in der Innenstadt mehr  
946 Sitzgelegenheiten ohne Konsumzwang von städtischer Seite zur Verfügung gestellt  
947 werden. Die Stadt muss die Instandhaltung dieser öffentlichen Sitzgelegenheiten in  
948 ihre Verantwortung nehmen.
- 949 • für die Rücknahme der Änderung der Grünflächensatzung in Bezug auf „Lärm“. Alle  
950 Nutzer\*innengruppen müssen gleichberechtigt berücksichtigt werden. Das Hören  
951 von Musik oder das Spielen von Instrumenten muss im Rahmen der ohnehin  
952 geltenden gesetzlichen Lärmschutzregeln wieder erlaubt werden.
- 953 • für die sofortige Entwaffnung des Kommunalen Ordnungsdienstes, dessen  
954 Abschaffung innerhalb der kommenden fünf Jahre und die Integration der  
955 Mitarbeiter\*innen in die Überwachung des ruhenden Verkehrs.
- 956 • für die Einführung einer Quote von öffentlichen, nicht kommerziellen Plätzen.
- 957 • für einen angemessenen Ausbau und Instandhaltung der kommunalen  
958 Bürgersteige.
- 959 • für den Aufbau eines kommunalen WLAN-Netzwerks und die Unterstützung des  
960 Bürger\*innennetzwerks Freifunk durch die Stadt Kiel.
- 961 • für öffentliche und frei zugängliche Graffiti-Flächen, sowie die verstärkte  
962 Kooperation mit lokalen Künstler\*innen bei der Gestaltung öffentlicher Räume und  
963 Flächen.
- 964 • für kommunale Bereitstellung kostenfreier Kulturräume (z.B. Bandproberäume,  
965 Künstlerateliers, Co-Working-Spaces) unter Beaufsichtigung geeigneten Personals.
- 966 • für die Einrichtung und den Erhalt von selbst verwalteten Stadtteilläden und  
967 Bürger\*innenzentren, die durch die Bevölkerung kostenlos oder gegen ein geringes  
968 Entgelt für Treffen und Feiern genutzt werden können.
- 969 • für kommunale Förderung der Errichtung von Nachbarschaftsküchen und anderen  
970 Treffpunkten sowie Aufenthaltsräumen nach Vorbild des Sandkastens in der

- 971 Holstenstraße; mit ausreichend Sitzgelegenheiten für ältere Menschen und  
972 wartende Eltern.
- 973 • für Einrichtung von weiteren Urban Gardening Spots (öffentliche Gartenflächen) in  
974 städtischen Grünanlagen.
- 975 • für weitere Spritzen- und Kondomautomaten.
- 976 • für weitere öffentliche Fitnessparks im Stadtgebiet.
- 977 • für die Schließung des Flughafens und die Weiterentwicklung in einen Park mit  
978 Flächen für alternative Wohnprojekte.
- 979 • für eine verpflichtende Einbeziehung kreativer Elemente bei der Vergabe  
980 zukünftiger Aufgaben an Planungsbüros. Hierbei soll auch die  
981 Bürger\*innenbeteiligung ausgebaut werden.
- 982 • für Freiflächen für Wagenplätze und TinyHouses.
- 983 • gegen Verdrängung ansässiger Gruppen.
- 984 • gegen den Verkauf öffentlicher Flächen an private Träger oder öffentlich-private  
985 Partnerschaften (ÖPPs). Dieser Ausverkauf muss endlich aufhören, denn die Stadt  
986 gehört in die Hände der Einwohner\*innen!

## 987 **Bürger\*innenbeteiligung**

988 Mitbestimmung ist ein wichtiges Kriterium für Freiheit und Demokratie. DIE LINKE. Kiel  
989 setzt sich dafür ein, dass die Menschen ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten können und  
990 an Entscheidungen entsprechend beteiligt werden. Mehr Partizipation und Transparenz  
991 müssen umgesetzt werden, denn gerade in der Kommunalpolitik werden häufig Themen  
992 diskutiert, die das direkte Umfeld der Menschen betreffen und beeinflussen.

993 Als einzige Partei initiierte DIE LINKE. Kiel bisher Bürger\*innenentscheide, z.B. zum  
994 Neubau von MöbelKraft auf dem Prüner Schlag oder zur Bewerbung für die olympischen  
995 Segelwettbewerbe 2024.

996 Bei Entscheidungen, die die Kinder und Jugendlichen in der Stadt betreffen, sollten auch  
997 diese mehr Mitspracherecht bekommen. Der Satz „Kinder sind unsere Zukunft“ darf nicht  
998 nur eine Phrase sein.

999 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 1000 • für eine Herabsetzung des Quorums für Bürger\*innenbegehren auf zwei Prozent  
1001 der Wahlberechtigten.
- 1002 • für eine Deckelung der städtischen Mittel bei Bürger\*innenentscheiden, die das

- 1003 Budget der jeweiligen Initiative nicht überschreiten darf.
- 1004 • für eine Einwohner\*innenversammlung mit Entscheidungskompetenzen in jedem  
1005 Stadtteil mindestens einmal im Jahr.
- 1006 • für eine Ausweitung der Rechte der Ortsbeiräte. Vor allem bei Verkehrsplanung und  
1007 Bauvorhaben müssen den Ortsbeiräten mehr Entscheidungsbefugnisse eingeräumt  
1008 werden. Wir sind davon überzeugt, dass die Ortsbeiratsmitglieder und die  
1009 Bürger\*innen in den Stadtteilen selbst am besten einschätzen können, wo  
1010 Investitionen am dringendsten benötigt werden.
- 1011 • für die Bereitstellung eines Etats für Umsetzung politischer Maßnahmen durch die  
1012 Ortsbeiräte.
- 1013 • für die Wahl der Ortsbeiratsmitglieder direkt in den Stadtteilen. Hierzu ist eine  
1014 entsprechende Änderung der Gemeindeordnung erforderlich.
- 1015 • für regelmäßige Jugendbeteiligung an Ortsbeiratssitzungen.
- 1016 • für die politische Stärkung des Jungen Rates. Dies könnte z.B. in Form eines  
1017 unumgänglichen und daher wirkungsvollen Vetorechts bei Entscheidungen, die  
1018 direkt die Kinder und Jugendlichen in der Stadt betreffen, stattfinden.
- 1019 • für eine weitere Verbesserung der Kinder- und Jugendbeteiligung bei  
1020 Beteiligungsverfahren und eine konsequente Umsetzung der Richtlinien zur Kinder-  
1021 und Jugendbeteiligung.

## 1022 **Sport**

- 1023 Sport bietet Menschen die Möglichkeit sozialer Begegnung, er trägt erheblich zu einer  
1024 gesunden Lebensweise bei, er fördert die Integration und stärkt das Zusammenleben  
1025 verschiedenster Ethnien, Religionen und Lebensweisen und er unterstützt den fairen  
1026 Umgang auf und neben dem Platz. Darum möchte DIE LINKE. Kiel den Sport in unserer  
1027 Kommune stärken und dafür sorgen, dass Vereine und Verbände ihre Angebote ausbauen  
1028 können.
- 1029 Für DIE LINKE. Kiel steht der Amateur- und Breitensport im Vordergrund. Jedem Kind und  
1030 Erwachsenen muss es möglich sein, sportliche Angebote nutzen zu können. Dazu gehört  
1031 nicht nur die Übernahme des Mitgliedsbeitrags im örtlichen Sportverein, sondern auch die  
1032 der passenden Ausrüstung, sofern die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stehen.
- 1033 Dass Sport fast ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement in den Vereinen und  
1034 Verbänden getragen wird, verdient eine größere Aufmerksamkeit und Anerkennung.
- 1035 Eine besondere Bedeutung kommt in Kiel, gelegen an der Förde, dem Schwimmsport zu.  
1036 Das alte Schlagwort „Jedes Kind muss schwimmen lernen“ muss Realität werden. Dafür  
1037 muss der jahrelange Trend zum Abbau von Schwimmfläche und -ausbildung endlich  
1038 umgekehrt werden.

1039 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 1040 • für die Übernahme des Holstein-Stadions durch Holstein Kiel.
- 1041 • für einen Umbau des Holstein-Stadions in eine inklusive Mehrzweckarena mit  
1042 15.000 Plätzen für Zuschauer\*innen. Das bedeutet, eine ganzheitliche barrierefreie  
1043 Gestaltung – von den Informationen, dem Buchungs- und Reservierungssystem,  
1044 den An- und Abreisemodalitäten über die Leitsysteme und Informationstafeln bis hin  
1045 zu allen Teilen der Arena – umzusetzen.
- 1046 • für eine bessere Ausstattung des Amateur- und Breitensports. Die Sportplätze und  
1047 Sporthallen müssen schneller saniert werden und es müssen neue Sporthallen/  
1048 anlagen gebaut werden.
- 1049 • für kostenfreie Schwimmkurse für alle Kieler Kinder und Jugendliche.
- 1050 • für eine angemessene Unterbringung der ehrenamtlichen  
1051 Rettungsschwimmer\*innen, die während der Badesaison Kiels Strände  
1052 überwachen.
- 1053 • für die (Wieder-)Erweiterung des Freibades Katzheide, so dass dort beispielsweise  
1054 wieder Schwimmprüfungen abgenommen werden können.
- 1055 • für den Erhalt der Schwimmhalle Schilksee, so dass dort weiterhin  
1056 Schwimmprüfungen abgenommen werden können.
- 1057 • für eine stärkere Gewaltprävention im Amateur- und Breitensport.
- 1058 • für die Einführung eines „Sportpasses“ in Kiel, der finanziell Benachteiligten den  
1059 Besuch professioneller Sportveranstaltungen ermöglicht. Der Besuch von  
1060 Sportveranstaltungen ist in unserer Gesellschaft eine Form kultureller Teilhabe.
- 1061 • für eine bessere Unterstützung der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für  
1062 Übungs- und Spielleiter\*innen sämtlicher Sportarten. Ein Sport kann nur ordentlich  
1063 erlernt und ausgeübt werden, wenn dieser von gut ausgebildeten Trainer\*innen und  
1064 Schiedsrichter\*innen weitergegeben und geleitet wird.

## 1065 **Finanzen**

- 1066 Die Finanzausstattung der Stadt Kiel ist unzureichend, um die notwendigen Aufgaben für  
1067 die Kieler\*innen zu erfüllen. Es gibt eine strukturelle Unterfinanzierung der Gemeinden,  
1068 Kreise und Städte in Schleswig-Holstein. Davon ist Kiel als Oberzentrum, das wichtige  
1069 Angebote und Funktionen auch für das Umland übernimmt, in besonderem Maße  
1070 betroffen.
- 1071 Wir fordern, dass den Kreisen und Kommunen endlich genügend Geld zur Verfügung  
1072 gestellt wird. Denn die eigenen Einnahmemöglichkeiten der Kommunen sind sehr



1073 begrenzt, die Stadt ist also auf Bund und Land angewiesen.

1074 DIE LINKE. Kiel sieht die Stadt nicht als einen „Betrieb“, der letztlich Gewinn, zumindest  
1075 aber eine schwarze Null erzielen sollte. Die Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen  
1076 sich nicht betriebswirtschaftlich rechnen, sie müssen ihre Funktion erfüllen:  
1077 Krankenhäuser sollen Menschen heilen, Pflegeheime sollen ein würdiges Leben im Alter  
1078 ermöglichen, die sozialen Einrichtungen der Stadt und das Engagement der vielen Vereine  
1079 in unserer Stadt sollen helfen, dass Kiel sozialer und kinderfreundlicher wird. Sozialer  
1080 Ausgleich, saniertes städtisches Eigentum, moderne Kitas und Schulen, sozialer  
1081 Wohnungsbau machen die Stadt lebenswerter und glücklicher. Dafür muss Geld in die  
1082 Hand genommen werden.

1083 Jeder Euro, der eingesetzt wird, um Armut zu bekämpfen, Bildungsbarrieren einzureißen,  
1084 Wohnungsnot zu lindern und zu verhindern, Mobilität zu garantieren, rechnet sich; Geld  
1085 hingegen, das heute „gespart“ wird, wird morgen doppelt und dreifach ausgegeben  
1086 werden müssen.

1087 DIE LINKE. Kiel möchte alle Spielräume zu nutzen, um in die Zukunft zu investieren, statt  
1088 die Lebensgrundlage für die kommenden Generationen kaputtzusparen. Die dauerhafte  
1089 finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Kiel ist aber nur zu erhalten, wenn das Land  
1090 strukturelle Kosten übernimmt.

1091 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 1092 • für eine solide Finanzausstattung der Kommunen durch Land und Bund. Die  
1093 Aufgaben der Kommunen steigen stetig, da muss auch die Finanzierung mitziehen!
- 1094 • für einen vom Land finanzierten Altschuldentilgungsfonds, welcher die Stadt vor  
1095 Kostensteigerungen nach dem Ende der Niedrigzinsphase bewahrt.
- 1096 • für vom Land finanzierte beitragsfreie Krippen und Kitas.
- 1097 • für mehr kostenfreies Essen und eine bessere Nachmittagsbetreuung an den  
1098 Schulen.
- 1099 • für einen besser ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr, der zumindest  
1100 langfristig für alle Nutzer\*innen kostenfrei wird.
- 1101 • für mehr sozialen Wohnungsbau in der Stadt.
- 1102 • für mehr dezentrale Schwimmbäder.
- 1103 • für eine Übernachtungssteuer.
- 1104 • für eine Stadt, in der es langfristig keine Armut, keine Wohnungslosigkeit, keine  
1105 Ausgrenzung, keine Bildungsbarrieren gibt.
- 1106 • gegen eine Verschwendung kommunaler Gelder für Prestige-Projekte wie Olympia,  
1107 ein Meeresvisualisierungszentrum, ein überdimensioniertes Holstein-Stadion oder  
1108 das Kieler Schloss.

## 1109 **Öffentliche Verwaltung**

1110 Städte, Gemeinden und Landkreise besitzen in Deutschland das Recht auf kommunale  
1111 Selbstverwaltung; das Grundgesetz garantiert ihnen, alle Angelegenheiten der örtlichen  
1112 Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Doch die  
1113 Realität sieht anders aus.

1114 Die von Bund, Ländern und der Europäischen Union gesetzten Rahmenbedingungen  
1115 beschränken den Spielraum kommunaler Entscheidungen. Viele kommunale  
1116 Aufgabenfelder sind inzwischen durch Gesetze und Verordnungen bis ins Detail  
1117 „fremdbestimmt“ und berücksichtigen in keiner Weise individuelle örtliche Gegebenheiten.  
1118 In Folge des von der Bundesregierung maßgeblich unterstützten neoliberalen  
1119 Wettbewerbskonzepts der Europäischen Union werden die Leistungen der kommunalen  
1120 Daseinsvorsorge einem verzerrten Wettbewerb und Kostendumping ausgesetzt.

1121 Seit langem arbeiten Bund und Länder an einer Gemeindefinanzreform, aber bei der  
1122 Ausweitung von Aufgaben, die den Kommunen bereits zugewiesenen sind, bleiben die  
1123 Städte, Gemeinden und Landkreise weiterhin auf den Kosten sitzen. Nach wie vor gibt es  
1124 kein striktes Konnexitätsprinzip (das heißt, kommunale Kosten können nicht eingefordert  
1125 werden) im Grundgesetz, das die Finanzierungsverantwortung des Bundes und der  
1126 Länder fixiert, es gibt kein verfassungsrechtliches Anhörungsrecht der Kommunen bei  
1127 kommunalrelevanten Vorhaben des Bundesgesetzgebers, es gibt keine verbindliche  
1128 Beteiligung der Kommunen an der Gesetzesfolgen- und Kostenfolgenabschätzung sowie  
1129 an europarechtlichen Abstimmungsverfahren zwischen Bund und Ländern.

1130 Der Öffentliche Dienst der Stadt ist für DIE LINKE. Kiel ein Garant dafür, dass das  
1131 Gemeinwesen mit Leben gefüllt wird und Daseinsvorsorge überhaupt stattfinden kann. Für  
1132 uns steht nicht der derzeit gelebte, neoliberale, sondern der Fürsorgegedanke im  
1133 Vordergrund. Wir wollen den Öffentlichen Dienst erhalten, langfristig ausbauen und so  
1134 auch für die Kieler\*innen verbessern. Monatelange Wartezeiten auf Termine in städtischen  
1135 Ämtern sind für die Bevölkerung nicht hinnehmbar.

1136 Die Verwaltung der Stadt Kiel ist derzeit aufgrund überzogener Sparmaßnahmen  
1137 überlastet. Die Anzahl der städtischen Beschäftigten wächst nicht in gleichem Maße wie  
1138 die Aufgabenlast. Ein großer Teil der im Stellenplan der Stadt als notwendig vorgesehenen  
1139 Stellen bleibt oft jahrelang unbesetzt.

1140 Für die Mitarbeiter\*innen folgt daraus eine ständig wachsende Belastung durch  
1141 Arbeitsverdichtung. Der Krankenstand in der öffentlichen Verwaltung liegt seit Jahren auf  
1142 einem sehr hohen Niveau. Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, wie sie neuerdings  
1143 angeboten werden, sehen wir neben einer optimalen Arbeitsplatzausstattung als probates  
1144 Mittel zur Förderung der Gesundheit von Kolleg\*innen, sie dämpfen jedoch lediglich die  
1145 Symptome und haben keinerlei Auswirkungen auf die Ursache; an den grundlegenden  
1146 Problemen wie Unterbesetzung und Arbeitsüberlastung, verspäteter Abarbeitung von  
1147 Aufgaben, Nichtausschöpfung von verfügbaren Fördermitteln usw. ändert das nichts.

1148 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 1149 • für einen höheren Stellenwert der kommunalen Selbstverwaltung im föderalen  
1150 System.
- 1151 • für eine Reform der Gemeindefinanzen, die die finanzielle Handlungsfähigkeit der  
1152 Kommunen wiederherstellt und verbessert.
- 1153 • für eine erweiterte wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, damit die kommunale  
1154 Daseinsvorsorge auch unter den neuen Entwicklungsbedingungen gewährleistet  
1155 werden kann.
- 1156 • für ein Anhörungs- und Mitbestimmungsrecht für Kommunen und eine verbindliche  
1157 Einbindung der Kommunen in europarechtliche Abstimmungsverfahren zwischen  
1158 Bund und Ländern.
- 1159 • für die Rekommunalisierung privatisierter Aufgaben unter Übernahme des  
1160 Personals.
- 1161 • für eine bedarfsgerechte Ausweitung des städtischen Personals und eine  
1162 Besetzung aller vorgesehenen Stellen.
- 1163 • für ein Personalkonzept, das es ermöglicht, dass alle Kieler\*innen innerhalb von  
1164 zwei Wochen einen Termin bekommen und dass ihr Anliegen innerhalb der  
1165 folgenden zwei Wochen bearbeitet wird.
- 1166 • für Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bei der LHS Kiel, die zu  
1167 einem Aufbau des Öffentlichen Dienstes führen.
- 1168 • für die Umsetzung eines umfassenden betrieblichen Gesundheitsmanagements in  
1169 der Verwaltung und in allen Eigenbetrieben.
- 1170 • für ein Anrecht auf Altersteilzeit mit verpflichtender Nachbesetzung durch  
1171 Neueinstellungen.
- 1172 • für einen modernen, gut ausgestatteten Katastrophenschutz.
- 1173 • gegen die weitere Belastung der Kommunalfinanzen durch den Bund und das Land,  
1174 die eigene finanzielle Aufgaben auf die Kommunen abwälzen.

## 1175 **Wirtschaft**

- 1176 Der Leitspruch „Geht es der Wirtschaft gut, geht es allen gut“ stimmt schlichtweg nicht. Die  
1177 letzten Jahrzehnte haben mehr als deutlich gezeigt, dass ein allgemeiner Zuwachs an  
1178 Wohlstand durch wirtschaftsliberale Politik zu stagnierenden oder sogar zu sinkenden  
1179 Einkommen beim unteren Drittel der Einkommen führt. DIE LINKE. Kiel setzt sich dafür  
1180 ein, dass Wirtschaften am Gemeinwohl zu orientieren ist!
- 1181 Im Gegensatz zur wirtschaftspolitischen Hauptströmung, die das Heil in immer neuer  
1182 Förderung von Angebotsphantasien für Großunternehmen sieht und in der Überzeugung,  
1183 private Unternehmen könnten alles besser, soviel wie möglich an öffentlicher

1184 Wirtschaftsleistung privatisieren will, geht DIE LINKE. Kiel von einer gemischten Wirtschaft  
1185 aus. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass sowohl private als auch öffentliche  
1186 Unternehmen in der Wirtschaft handeln. Wie am wirtschaftlichen Schicksal der  
1187 ostdeutschen Länder abzulesen ist, führt ein Rückzug des Staates aus seiner  
1188 industriepolitischen Verantwortung zu einem Kahlschlag der Wirtschaftslandschaft mit  
1189 entsprechenden politischen Folgen.

1190 Eine Stabilität des Preisniveaus ist gerade für Arbeiter\*innen und Angestellte sowie  
1191 Menschen, die von Transferleistungen leben, wichtig. Wenn ein starker Preisanstieg ihre  
1192 Einkommen entwertet, können sie sich immer weniger leisten und kommen schnell in  
1193 existenzbedrohende finanzielle Schwierigkeiten, wie wir gerade erleben.

1194 Um das freie und ungezügelte Handeln der Wirtschaft einzudämmen, bedarf es einer  
1195 Politik, die an entscheidenden Stellen eingreift. Damit ist vor allem eine Regulierung  
1196 gemeint, um Arbeiter\*innen und Angestellte zu schützen. Nicht eine marktkonforme  
1197 Demokratie, sondern demokratiekonforme Märkte sind unser Ziel!

1198 Gerade die unmittelbare Daseinsvorsorge, die Versorgung mit Wohnraum, Energie und  
1199 Wasser muss durch die öffentliche Hand sichergestellt und dafür vollständig  
1200 rekommunalisiert werden.

1201 DIE LINKE. Kiel kämpft:

1202 • für eine städtische Beschäftigungsinitiative, die in Kooperationen mit Bund, Ländern  
1203 und der Arbeitsagentur betrieben wird.

1204 • für ein großes Investitionsprogramm in die öffentliche Infrastruktur von 20 Millionen  
1205 € zusätzlich jedes Jahr bis zum Jahr 2038. Dies soll nicht über städtische Schulden  
1206 in der Rahmung durch die Schuldenbremse finanziert werden, sondern durch die  
1207 Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts mit einem Volumen von 400 Millionen €. Diese  
1208 unterliegt als öffentliche Beteiligung nicht der Schuldenbremse.

1209 • für eine Stadt mit einer schlagkräftigen Verwaltung, um Wirtschafts- und  
1210 Investitionsaufgaben schneller bewerkstelligen zu können.

1211 • für eine Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand, die den Zwängen kapitalistischer  
1212 Profitmaximierung entzogen ist.

1213 • für die Einrichtung eines eigenständigen Wirtschaftsdezernates, welches eine  
1214 fortlaufende detaillierte Analyse des Zustands der Kieler Wirtschaft vornimmt und  
1215 auf dieser Basis stützende oder entwickelnde Maßnahmen für Selbstständige,  
1216 Kleinbetriebe und die Kreativwirtschaft vorschlägt. Ferner soll sich dieses Dezernat  
1217 mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt auseinandersetzen.

1218 • gegen entfesselte Märkte im Sinne neoliberaler Politik.

1219 **Tourismus**

1220 Tourismus hat für Kiel eine große Bedeutung, besonders durch die Kieler Woche, aber  
1221 auch durch den ganzjährigen Fährtourismus.

1222 Umso wichtiger ist es, von kommunaler Seite zukunftsfähige Konzepte für den Tourismus  
1223 in unserer Stadt vorzulegen. Der häufig zitierte Spruch „Leben, wo andere Urlaub machen“  
1224 bedeutet auch: Während Kiel für viele Menschen als temporärer Reise- und  
1225 Erholungsraum dient, gibt es auch eine Bevölkerung, die hier ganzjährig und langfristig  
1226 lebt. Für diese Bevölkerung, aber auch im Interesse unserer Umwelt und der Tourist\*innen  
1227 selbst, muss der Tourismus sozial und ökologisch verträglich gestaltet werden.

1228 Die Kreuzfahrtschiffe und Fähren sorgen für eine konstant niedrige Luftqualität im  
1229 städtischen Raum, innerstädtische Flächen werden mit immer mehr klobigen Hotels  
1230 zugebaut und durch das saisonale Geschäft sind viele Arbeitsplätze ungesichert oder  
1231 schlecht bezahlt. Hotelbetreiber\*innen profitieren von den Veranstaltungen, Angeboten  
1232 und der Infrastruktur der Stadt Kiel, die ihnen die Gäste zuführen und satte Gewinne  
1233 beschere, während die innerstädtischen Flächen, auf denen die Hotels stehen, nicht  
1234 mehr für dringend benötigten Wohnraum oder Erholungsflächen zur Verfügung stehen. Die  
1235 Kreuzfahrttourist\*innen tragen nur wenig zur Wirtschaft der Stadt bei, sie bleiben nur kurz,  
1236 übernachten auf ihren Schiffen und steigern den Umsatz in Kieler Geschäften und  
1237 Restaurants höchstens marginal.

1238 **DIE LINKE. Kiel kämpft:**

- 1239 • für die Verbesserung sozialökologischer touristischer Angebote im gesamten  
1240 Stadtgebiet.
- 1241 • für eine verpflichtende Landstromverbindung im Kieler Hafen.
- 1242 • für einen kurzfristigen Stopp des Ausbaus und eine mittelfristige deutliche  
1243 Reduzierung des Kreuzfahrttourismus in Kiel. Die Ökobilanz des  
1244 Kreuzfahrttourismus ist katastrophal.
- 1245 • für die Einführung einer Übernachtungssteuer.
- 1246 • gegen die schlechte Bezahlung saisonaler Arbeit. Menschen in saisonaler  
1247 Anstellung tragen mit Blick auf die Nebensaison ohnehin ein hohes persönliches  
1248 finanzielles Risiko.
- 1249 • gegen jeglichen Verkauf innerstädtischer Flächen an private Investor\*innen u. a.  
1250 zum Zwecke weiterer Hotelbauten.

1251 **Frieden**

1252 Wir wollen, dass von Deutschland kein Krieg mehr ausgeht, weder durch deutsche  
1253 Soldat\*innen noch durch deutsche Waffen.

1254 Kiel hat als Waffenschmiede und als Kriegshafen eine leidvolle Geschichte. Die Folgen

1255 zweier Weltkriege sind bekannt.

1256 DIE LINKE steht in Solidarität mit den Ukrainer\*innen, die unter Russlands Angriffskrieg  
1257 leiden.

1258 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 1259 • für die Umstellung des militärischen Schiffbaus in Kieler Werften auf eine  
1260 Produktion des zivilen Schiffbaus.
- 1261 • für die Einführung einer Zivilklausel an allen Kieler Hochschulen und der  
1262 Abwicklung des Instituts für Sicherheitspolitik (ISPK) an der Christian-Albrechts-  
1263 Universität. Forschung muss dem Frieden verpflichtet sein und darf nicht dem Krieg  
1264 dienen!
- 1265 • für die Wiedereröffnung des Friedensforschungsinstituts SCHIFF, welches das  
1266 ISPK ersetzt, jedoch unabhängig der Friedensforschung dient.
- 1267 • für eine bessere städtische Unterstützung von Gedenkstätten, um die Aufarbeitung  
1268 der Kieler Rüstungs- und Kriegsgeschichte einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich  
1269 zu machen.
- 1270 • für einen Arbeitskreis „Alternative Produktion“, bestehend aus Mitarbeiter\*innen der  
1271 Stadt, Mitgliedern der IG Metall und den Beschäftigten der Rüstungsproduktion,  
1272 welcher Konzepte zur Umstellung auf eine zivile Produktion erarbeitet. Damit  
1273 niemand seinen Arbeitsplatz verliert, sind Gelder beim Land, beim Bund und bei der  
1274 EU zu fordern und zu beantragen, die für Investitionen in nachhaltige  
1275 Wirtschaftszweige – wie erneuerbare Energie und Mobilität ohne fossile Brennstoffe  
1276 auf dem Wasser und an Land – dienen.
- 1277 • für die Einrichtung eines Dezernats „Rüstungskonversion“, welches diesen neuen  
1278 Arbeitskreis unterstützt.
- 1279 • für ein Verbot von Veranstaltungen mit rassistischen und nationalistischen Inhalten  
1280 in städtischen Räumlichkeiten.
- 1281 • für Programme an Schulen, die in Kooperation mit Vereinen angeboten werden.  
1282 Diese Programme sollen an außerschulischen Lernorten Geschichte vermitteln.
- 1283 • für eine Partnerstadt der Stadt Kiel in der Ukraine und in Rojava, um diese beim  
1284 Wiederaufbau zu unterstützen.
- 1285 • gegen Großmanöver auf der Ostsee.
- 1286 • gegen Truppen- und Waffentransporte über den Kieler Ostuferhafen.
- 1287 • gegen Aufrüstung, Kriegsproduktion und Waffenexporte.
- 1288 • gegen den Abbruch des Kontaktes zu russischen Partnerstädten und von

1289 wissenschaftlichen Beziehungen nach Russland. Kontakte zur Zivilgesellschaft sind  
1290 gerade in Krisenzeiten enorm wichtig.

1291 • gegen die jährliche Kriegskonferenz „Kiel Conference“/„KISS Conference“ zur Kieler  
1292 Woche.

1293 • gegen Jugendoffiziere an den Kieler Schulen. Für uns gilt: Kein Werben fürs  
1294 Sterben!

## 1295 **Digitalisierung und Medien**

1296 In der heutigen Zeit ist die Vermittlung von Medienkompetenz unerlässlich. Die neuen  
1297 Medien müssen in ihren Möglichkeiten gesehen werden. Jugendfreizeitstätten,  
1298 Medienzentren und Schulen sollten auch Kindern und Jugendlichen aus finanziell  
1299 schlechter ausgestatteten Familien den Zugang zum Internet ermöglichen, dabei jedoch  
1300 darauf achten, jede Einseitigkeit beim Medienkonsum zu verhindern.  
1301 Datenschutz und die damit einhergehende Privatsphäre sind für DIE LINKE. Kiel ein  
1302 hohes Gut, das verteidigt werden muss.

1303 DIE LINKE. Kiel kämpft:

1304 • für eine stärkere Unterstützung von freien und ehrenamtlichen Medien. Jedes  
1305 mediale Angebot trägt zur Vielfalt bei und stärkt Weiterbildungs- und  
1306 Diskussionsprozesse.

1307 • für flächendeckendes kostenfreies WLAN.

1308 • für öffentlich zugängliche Internet-Spots für Menschen, die privat keinen Zugang zu  
1309 digitalen Endgeräten mit Internetzugang haben. Dazu gehört der Ausbau adäquater,  
1310 barrierefrei zugänglicher PC-Plätze.

1311 • für die städtische Förderung von „digital literacy“ (Lehre über korrektes  
1312 Recherchieren und Nutzung digitaler Medien), auch zur Vorbeugung von  
1313 Cybermobbing.

1314 • gegen eine Aufweichung von Datenschutzrichtlinien.

1315 • gegen Videoüberwachung im öffentlichen Raum.

## 1316 **Tierschutz**

1317 Tiere gehören zu unserem Lebensumfeld und sind aus diesem nicht wegzudenken. Da  
1318 ihre Lebensräume und -weisen stark von unseren Entscheidungen abhängen, benötigen  
1319 sie unseren besonderen Schutz.

1320 DIE LINKE. Kiel kämpft:

- 1321 • für eine angemessene Information und Aufklärung von (zukünftigen)  
1322 Tierhalter\*innen, u.a. durch die Gründung von Initiativen zur Begegnung zwischen  
1323 Mensch und Tier (z.B. nach Vorbild des AWO-Bauernhofs).
  
- 1324 • für die Einführung eines kommunalen Gütesiegels für den Tier- und  
1325 Tierbedarfshandel, welches Händler\*innen erhalten sollen, die sich nachprüfbar  
1326 selbst verpflichten, ihre Tiere artgerecht zu versorgen und Käufer\*innen sorgfältig  
1327 zu informieren.
  
- 1328 • für verbesserte Maßnahmen zur Durchsetzung des Fütterungsverbotes von  
1329 Wildvögeln auf öffentlichen Flächen.
  
- 1330 • für eine bessere Unterstützung des Tierheims durch die Stadt.
  
- 1331 • für ein Verbot von Wildtier-Zirkusvorstellungen auf städtischem Gebiet.
  
- 1332 • für den Erhalt und die Schaffung von Lebensraum, Brut- und Nistmöglichkeiten für  
1333 heimische Arten.
  
- 1334 • für die Beachtung eines „animal-aided-designs“ bei der Bebauung kommunaler  
1335 Flächen. Ein solches Design integriert die Bedürfnisse von stadtbewohnenden  
1336 Wildtieren in die Architektur städtischer Strukturen und umfasst u.a. fest eingebaute  
1337 Brut- und Nisthilfen für heimische, insbesondere bedrohte Vogel- und  
1338 Fledermausarten.
  
- 1339 • für den Bau von 10 zusätzlichen Taubenhäusern zur Schaffung von Ruheräumen  
1340 für Tauben und zur Regulierung des Bestandes.
  
- 1341 • für die Erstellung eines Konzeptes zum Umgang mit aggressiven Möwen im  
1342 Stadtgebiet.
  
- 1343 • für die Erstellung eines Konzeptes zum Umgang mit streunenden Katzen im  
1344 Stadtgebiet.
  
- 1345 • für die Vorlage eines kommunalen Lichtkonzeptes, welches einer  
1346 Lichtverschmutzung vorbeugt.
  
- 1347 • für einen Ausbau von tiergerechten (Hunde-)Spielplätzen und Wiesen sowie eine  
1348 Neuverhandlung über einen angemessenen Hundestrand im Kieler Stadtgebiet.
  
- 1349 • für eine regelmäßige Förderung der Tiertafel durch die Stadt.
  
- 1350 • gegen die Gefährdung von Tieren durch privatwirtschaftliche Interessen.





1351 **Schlusswort: Das gute Leben für alle in Kiel!**

1352 In den nächsten fünf Jahren wird sich entscheiden, ob Kiel die richtigen Antworten auf die  
1353 Krisen finden wird. Wird eine Quote für bezahlbaren Wohnraum wirklich konsequent  
1354 eingehalten oder werden wie in der Vergangenheit immer wieder Ausnahmen gemacht?  
1355 Werden Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, die von den Krisen besonders  
1356 gebeutelt sind, von der Stadt vor dem Fall in die Armut gerettet oder wie bisher ihrem  
1357 Schicksal überlassen? Wird Kiel bis 2035 klimaneutral sein oder wie bisher geplant 2050?  
1358 Wird die Verkehrswende in Kiel endlich konsequent angegangen oder wird weiter jeder  
1359 Parkplatz verteidigt und die Südspange mitgetragen? Wird Kiel endlich eigenständig  
1360 Geflüchtete aufnehmen und gut behandeln oder wird der sichere Hafen weiterhin nur ein  
1361 PR-Projekt sein? Wird die öffentliche Kieler Wohnungsbaugesellschaft endlich  
1362 ausreichend gefördert oder wird Kiel das Geld weiterhin in unsinnige Prestigeobjekte  
1363 stecken?

1364 Ihr entscheidet am 14. Mai mit Eurer Stimme bei der Kommunalwahl und danach mit  
1365 Eurem Engagement für eine solidarische Stadt, wohin Kiel in den nächsten fünf Jahren  
1366 steuern wird.

1367 Eine Stimme für DIE LINKE. Kiel ist eine Stimme für konsequent soziale Politik, für echte  
1368 Bürger\*innenbeteiligung, für transparente kommunalpolitische Entscheidungen mit  
1369 transparenten Finanzen, eine Stimme gegen Armut, gegen Ausgrenzung und gegen  
1370 Ungerechtigkeit.

1371 Eine Stimme für DIE LINKE. Kiel ist eine Stimme für das gute Leben für alle in Kiel!